Keine Illusionen über Verbotsdrohungen!
Seite 5

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 20 9. Oktober 1972 6. Jahrgang 50 Pfennig

Internationale Kampffront verhindert Stillegungen!

'Der Wähler hat das Wort' - ?

Wahlboykott!

In den letzten beiden Nummern des ROTEN MORGEN stellte die KPD/ML ihre Auffassung zu dem diesjährigen Wahlkampf - besser: bürgerlichen Wahlschwindel - dar. Die KPD/ML wird sich an diesen Wahlen nicht mit Aufstellung eigener Kandidaten beteiligen. Sie wird ihre Kraft darauf konzentrieren, dem gigantischen Volksbetrug des bürgerlichen Parlamentarismus durch Agitation und Propaganda entgegenzutreten. Sie wird die Diskussion ihres Programmentwurfs "Für die sozialistische Revolution in Westdeutschland und Westberlin und die nationale Einheit Deutschlands" in die Massen tragen. Vor allem werden wir dabei auch versuchen, alle ehrlichen Kommunisten in der D'K'P vom Verrat ihrer Führer zu überzeugen. (siehe Roter Morgen Nr.19, Seite 10: 'Wahlprogramm der D'K'P - Reformismus durch und durch') - Wie steht es nun mit den anderen Parteien?

SPD - das kleinere Übel ?

Wie steht es mit der SPD? In Betrieb und Büro sagen viele Kollegen: Sicher, eine Arbeiterpartei steht in Bonn nicht zur Wahl. Aber irgendwie vertritt die SPD doch weniger die Interessen des Kapitals als die CDU?

Kollegen — weniger offen!

Klassengesellschaft — das heißt, daß mitten durch die Gesellschaft eine Barrikade verläuft und es keinerlei gemeinsame Interessen zwischen herrschender Klasse auf der einen Seite und den unterdrückten Klassen auf der anderen gibt. Staat — das heißt bei uns: Staat der herrschenden Klasse, wo es keinen Fingerbreit „Mitbeteiligung" oder „Mitbestimmung" an der Politik durch die Arbeiterschaft im Parlament usw. geben kann.

tei' CDU/CSU auftreten.

Dennoch: Als ‚Arbeiterpartei' kann sie sich auch nicht mehr vorstellen. Spätestens seit dem Godesberger Programm, mit ihrer Unterschrift unter die Notstandsverfassung, mit ihrer Regierungspolitik des Lohnraubs, der Inflationstreiberei, mit der Verabschiedung des arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetzes usw. ist das klar. Daran ändert auch nichts, daß Strauß und Konsorten ständig das Gespenst von der „sozialistischen SPD" mit „sozialkommunistischen Zukunftsvorstellungen" (Strauß) an die Wand malen. Damit sollen kleinbürgerliche verschreckte Wähler gewonnen werden. Und schließlich müssen die bürgerlichen Parteien, wie die verschiedenen Zahnpasta-

In Wuppertal, in Holland, in Belgien und der Schweiz sollten Werke der Enka-Glanzstoff-AG stillgelegt werden. Die Herren des Chemiekonzernes AKZO, dessen größtes Tochterunternehmen die Enka-Werke sind, wollen die Chemiefaserproduktion verlagern. Natürlich in Länder, wo faschistische Terrorregimes für Hungerlöhne und Riesenprofite sorgen. Im spanischen Zweigwerk soll die Produktion um 17 000 t. pro Jahr gesteigert werden. In Brasilien ist der Aufbau eines Texturierbetriebes geplant.

Rationalisierung nennen die Kapitalisten das. Allein in Wuppertal sollten 2 000 Kollegen des Bemberg-Werkes für die Profitgier der AKZO-Konzernherren auf die Straße geworfen werden. Massenentlassungen waren auch in anderen Ländern waren angekündigt.

Da besetzten am 18. September in Breda (Holland) knapp tausend Arbeiter das dortige Enka-Werk, das stillgelegt werden sollte. Ihre Forderung war: **Keine Stillegungen! Weder in Holland, noch in Belgien, noch in Wuppertal!**

Der Enka-Glanzstoffvorstand bezeichnete die Besetzung als 'illegale Aktion'. Aber die gesamte Bevölkerung sympathisierte mit den Arbeitern. Als die Arbeiter im Wuppertaler Zweigwerk von der Aktion ihrer holländischen Kollegen erfuhren, solidarisierten sie sich sofort. 1300 Kollegen traten am 19. September spontan in Streik. An den Toren wurden Spruchbänder angebracht:

'Wir solidarisieren uns mit den holländischen Kollegen!'

Die Kampfbereitschaft war sehr groß. Am 19. und 29. fanden Belegschafts-Versammlungen statt, auf denen jeweils einstimmig für die Fortsetzung des Streiks gestimmt wurde. Dennoch gelang es den Bonzen von der IG Chemie, zu verhindern, daß der ganze Betrieb vollständig bestreikt wurde. Sie sorgten dafür, daß in einigen wichtigen Abteilungen weitergearbeitet wurde, so zum Beispiel in der Nierenspülabteilung, wo Enka-Glanzstoff das Weltmonopol hat. Dabei benutzten die Kapitalistenknechte 'Argumente' wie "ein vollständiger Streik bedeute doch 'Stillegung' des Betriebes und das sei doch genau das, was die AKZO-Bosse wollten.' (!!!)

Das Fehlen einer organisierten Gewerkschafts-Opposition machte sich als bitterer Mangel bemerkbar. Sie hätte die Abwiegelungsmanöver von Betriebsrat und IG Chemie wirkungsvoller bekämpfen können und für eine entschlossene und klassenkämpferische Streikleitung sorgen können.

Aber trotz dieses Mangels war die Kampffront der Arbeiter von Breda und Wuppertal stark genug. Die AKZO-Bosse wurden in die Knie gezwungen. Am 21. September erklärte der Vorstand des AKZO-Konzerns, daß die 'Reorganisationspläne' aufgrund 'der starken Reaktion der Arbeitnehmerschaft' in vollem Umfang zurückgezogen würden.

Die Kollegen von Enka-Glanzstoff dürfen sich jedoch keinerlei Illusionen hingeben. Die AKZO-Kapitalisten haben auf ihre schmutzigen Pläne keineswegs endgültig verzichtet. Sie lauern zusammen mit ihren Lakaien von der Gewerkschaftsführung auf einen günstigen Moment, um die Arbeiter doch noch zu überrumpeln. So kündigte die WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) vom 20.9. bereits in zynischer Offenheit an: 'Nach einer Abkühlungsperiode wollen Vorstand und Gewerkschaft einen neuen Plan zur Sanierung ausarbeiten.'

Aber die Kollegen von Enka-Glanzstoff werden sich nicht überrumpeln lassen. Sie haben aus ihrem Kampf viel gelernt. Vertrauen auf die eigene Kraft, am Klassenkampf festhalten - dann kann man die Angriffe der Kapitalisten zurückschlagen!

Teil des bürgerlichen Staates oder nicht; auf der anderen Seite der Barrikade oder nicht – ein Dazwischen gibt es nicht! Also kann eine bürgerliche Partei wie die SPD nicht mehr und nicht weniger als eine CDU die Interessen des Kapitals vertreten.

Nur: die SPD macht es raffinierter. Sie kann gegenüber großen Teilen ihrer Wählerschaft, Arbeitern und Werktätigen, nicht wie die offene ,Unternehmerpar-

sorten, ihren ,Unterschied' herausstellen. Sonst glaubt bald niemand mehr an die ,Möglichkeit der Wahl'. Das ist genau wie im amerikanischen Wahlspektakel: Haben nicht Nixon, Agnew und Reagan den Gegenkandidaten Johnson, den blutigen Mörder an vietnamesischen Frauen und Kinder, als „Kommunistenfreund" oder gar selbst als „Kommunist" verdächtigt? Genauso geht das bei uns bei Strauß ,contra' Brandt.

SPD - kein bischen weniger übel!

Was meint Brandt zu den Anschuldigungen der CDU/CSU: „Welchen Unternehmern ist denn in drei Jahren sozial-liberaler Koalition zu nahe getreten worden?" (Spiegel, Nr. 40).



Arbeiter der Zedentsu in Aichi (Japan) bereiten den Streik für eine beträchtliche Lohnerhöhung und gegen die kapitalistische 'Rationalisierung' vor. - Siehe Artikel 'Klassenkämpfe in Japan', Seite 6/7.

Wahlboykott

Fortsetzung von Seite 1

Eben — keinem! Wer aber für die ,Unternehmer' ist, der ist gegen die Arbeiter.

Und Arbeiterfeinde wie Brandt sind auch seine Parteifreunde in der DGB-Führung. Kein Wunder, daß sie Wahlkampfunterstützung für die SPD geben. DGB-Vetter: „Solange die SPD eine Partei der Freude am Leben, der Lebensfreude (!!!) ist, so lange wird sie auch die Partei des Deutschen Gewerkschaftsbundes sein." (Spiegel Nr. 40, S. 38)

Die SPD ist ,keinem Unternehmer zu nahe getreten', sagt Brandt. Nur: Viele Unternehmer sind sich nicht mehr sicher, ob die SPD mit dem Mäntelchen der „Reformpartei" die wachsenden Unruhen im Volk die 4 Jahre lang besser niederhalten kann als die CDU/CSU. Weder mit Reformgeschwätz noch mit solchen „Reformen" wie den Notstandsgesetzen zur ,inneren Sicherheit', wie sie im Juli durch den Bundestag gepeitscht worden sind, scheint die SPD die Sicherheit der Ausbeuter genügend garantieren zu können.

Schnell beeilt sich die SPD in ihrer Wahlplattform klarzustellen: ,Leistungsbilanz der SPD/FDP-Koalition: Von 1965 bis 1969 wurden von der damaligen CDU/CSU-geführten Regierung 22 Millionen Mark für die innere Sicherheit ausgegeben (sprich: Maschinengewehre für Bundesgrenzschutz und Polizei, für Spitzel- und Verfassungsschutz-apparat, für Polizeiwerbung, Handgranaten usw). **Dagegen kann die SPD/FDP-Regierung stolz darauf verweisen: Von 1969 bis 73 haben wir rund 400 Millionen für diesen Zweck aufgebracht — 20 mal mehr! Kleineres Übel?!** Aber die SPD verspricht den Kapitalisten noch mehr. Sie will weitere Gesetze erlassen, die die Arbeiterbewegung niederhalten soll, die die Verfolgung aller Kommunisten und fortschrittlichen Menschen und das Verbot ihrer Organisationen ermöglichen sollen. So heißt es in der Wahlplattform der SPD, daß sie im nächsten Bundestag einen **Gesetzentwurf einbringen will, der die „Aufforderung zur Gewalt" unter Strafe stellt.** Wer vom Klassenkampf redet, wer die Diktatur des Proletariats fordert, die nur über den gewaltsamen Kampf gegen den Ausbeuterstaat errungen werden kann, der soll ins Gefängnis wandern. Kleineres Übel? Arbeiterpartei?

Keine Stimme der SPD!

Jungsozialisten werden durch die Wahlkampfwerbung ihrer Führer aufgeweckt. Gewinnen wir sie!

Die D"K"P-Revisionisten in Dortmund z. B. fordern bereits ihre Wähler auf, eine Stimme von zweien der SPD zu geben!

Unsere Forderung kann aber nur heißen: WAHLBOYKOTT!

Tragen wir diese Losung in die Wahlversammlungen, wo Arbeiter und Werktätige sich das Märchen vom kleineren Übel anhören sollen. Vor allem in die Versammlungen der JuSos. Dort wird noch von ,Sozialismus' und ,Klassenkampf' geredet. Dort sind noch viele Arbeiter, besonders Jungarbeiter organisiert, die mit dem Deckmantel der „linken" SPD an das bürgerliche Wahltheater gefesselt werden sollen. Dort wird versucht,

WAHLBOYKOTT!

NIEDER MIT DEM PARLAMENTARISCHEN SCHWINDEL!

WÄHLT DEN KLASSENKAMPF!

GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE PARTEIEN DIE GESCHLOSSENE KAMPFFRONT DER ARBEITERKLASSE!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!



Schneller schauen! Schneller schalten! Schneller schießen!

So hat BILD die Gründung der S charf Schützen-Truppe zur 'Bekämpfung terroristischer und anarchistischer Gewalttäter' begrüßt. Endlich kann es nicht mehr passieren, daß wie beim Massaker in München Polizeischarfschützen schlapp machen und den Befehl verweigern. So sieht es BILD und so sieht es das Innenministerium. Auch der Innensenator Neubauer aus Westberlin hat bereits die Bildung einer solchen Elitetruppe für den Bürgerkrieg bekanntgegeben.

Was man in Weimar noch weitgehend aufgeputschten SA-Horden überließ, soll jetzt diese mit Spezialwaffen, mit Spezialausbildung und Herrenmenschen-Bewußtsein ausgerüstete Sturmtruppe Genschers übernehmen: Das Liquidieren - wie in Fürstenfeldbruck, wie bei McLeod, Petra Schelm und Georg von Rauch usw. bereits vorexerziert. Wie rasch die Faschisierung voranschreitet, zeigt sich auch an der Umbildung des Bundesgrenzschutzes zur reinen Bürgerkriegstruppe. Kaum wurde das entsprechende Gesetz im Juni verabschiedet, da rollen jetzt schon über die Autobahnen die Kolonnen der mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüsteten Grenzschützereinheiten. Der Bundesgrenzschutz wird jetzt zentral gesteuert und umverteilt - an die Brennpunkte des Klassenkampfes.

In München haben sie ihre erste Notstandsübung bereits vorexerziert. Zum erstenmal wurde der Bundesgrenzschutz neben der Polizei eingesetzt, um eine erlaubte Demonstration der KPD/ML aufzulösen. Genscher sah dabei höchstpersönlich zu.

Weitere Übungen: 'Schutz' von Ölraffinerien, Bahnhöfen und anderen strategisch wichtigen Punkten. In Hamburg wurde schon vor einiger Zeit die 'Räumung besetzter Fabriken' geübt.

Diese konterrevolutionären Sturmtruppen sind der Bourgeoisie sicherer, wenn es an die Unterdrückung von Streiks, Demonstrationen und dem Aufstand gehen soll. Revolutionäre und klassenkämpferische Arbeiter- und Bauernsöhne können diese Truppen nicht - wie die Bundeswehr - von innen schwächen und zersetzen. Wir fordern deshalb:

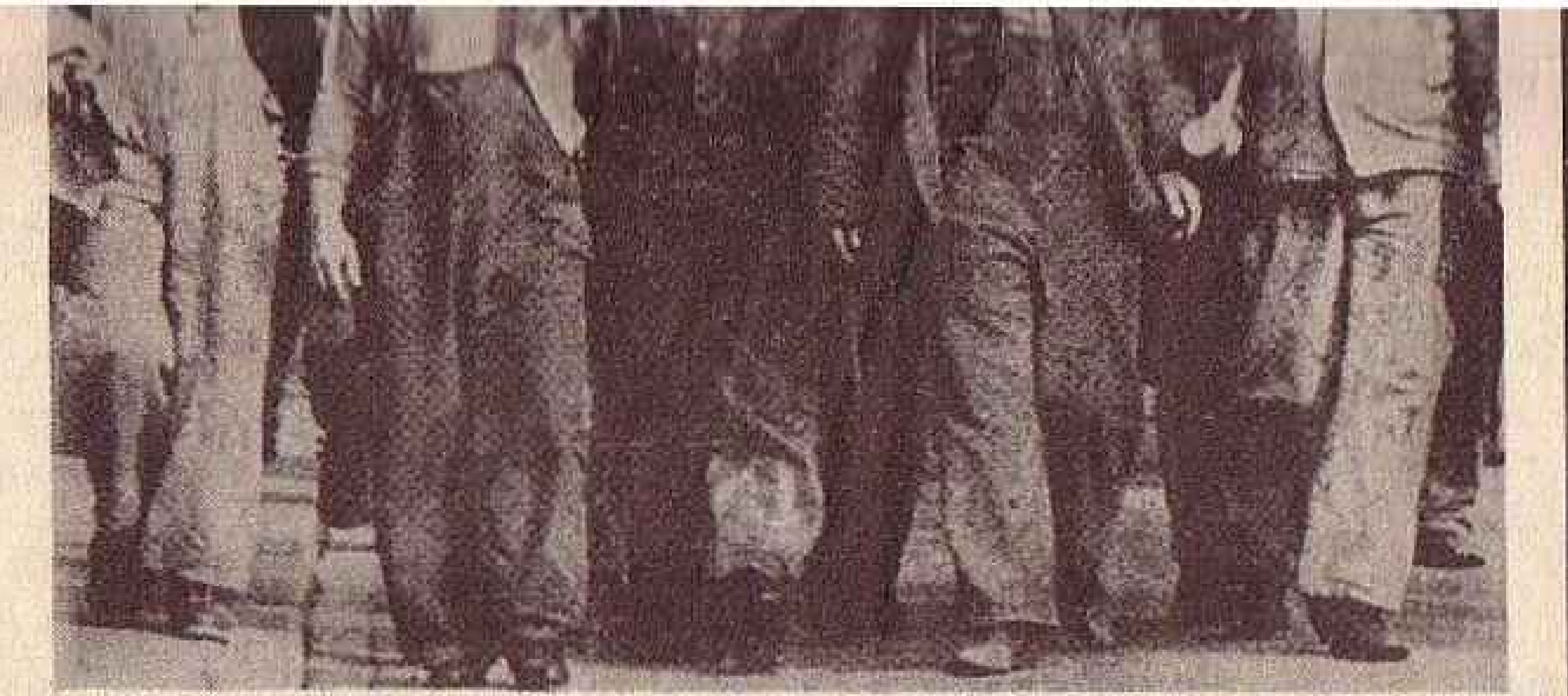
AUFLÖSUNG DES BUNDESGRENZSCHUTZES UND DER BONNER SS!

Island verteidigt sein Recht

Das Kriegsschiff „Aurora" seiner Majestät des britischen Imperialismus nahm Kurs auf Island. Es sollte die Piratenschiffe der britischen Reeder-

klassenkämpferische Kollegen in die Arme des Reformismus und Revisionismus zu treiben.

Im Ruhrgebiet lassen die JuSo-Führer nachts Plakate kleben: „Experten kontra Strauß und Barzel" – Wählt SPD. „Experten" ins Parlament, das ist alles was sie bieten. Also auch hier zeigt sich wie bei der D"K"P: **In ihrer Gier nach Parlamentssesseln lassen diese kleinbürgerlichen Wahlstrategen ihre „Klassenkampf"-Maske vollends fallen. Viele klassenkämpferische**



Wahljahr 1969: Arbeiter der Kieler Howaldt-Werft - 'Auf zum Yachtclub!'

und Fischereiherren bei deren unerlaubtem Raubfang in isländischen Hoheitsgewässern beschützen. Zu Recht hat das kleine (0,2 Millionen), aber tapfere Volk Islands erste Kampfmaßnahmen gegen die Eindringlinge ergriffen. Isländische Kanonenboote kappten die Trossen zwischen britischen Trawlern und Fangnetzen.

Island verteidigt sein Recht und seine Souveränität. Seit dem 1. September erklärte Island, daß sein Hoheitsgebiet auf See nicht 12, sondern 50 Seemeilen betrage. Die britischen und westdeutschen NATO-„Partner" rannten eilig zum „Internationalen Gerichtshof" in Den Haag, um sich wieder einmal das Recht des Stärkeren versichern zu lassen. Den Haag entschied gegen Island.

In Wirklichkeit aber wurden die isländischen Fanggründe durch fremde imperialistische Fischereiflotten leergeplündert: Heringe und Dorsche gibt es schon nicht mehr an Islands Küste. Dabei ist Island stark auf Fischerei angewiesen (80 % des Exports).

Immer mehr kleinere und mittlere Länder fordern die Ausdehnung ihrer Seegebiete und den Abzug der imperialistischen Plünderer. So auch Peru und mehrere lateinamerikanische Länder. Das große sozialistische China unterstützt nachhaltig diese Forderungen, im Unterschied zur Sowjetunion, die ihre eigenen imperialistischen Interessen gefährdet sieht.

Im Gegensatz zu den hochmütigen imperialistischen Mächten hat Norwegen Islands Hoheitsgebiet bereits anerkannt. Norwegische Fischer haben das Recht von der isländischen Regierung erhalten, in ihrem Gebiet friedlich zu fischen.

Wir unterstützen den Kampf Islands gegen die imperialistischen Anmaßungen, die auch die BRD-Imperialisten stellen.

Norwegen: NEIN zum Europa der Imperialisten

Die BRD-Bourgeoisie tobt. Am 24. September hatte sich die norwegische Bevölkerung durch eine Volksabstimmung gegen den EWG-Beitritt ihres Landes entschieden. Der Spiegel weiß warum: Mit Bombendrohungen und Messerstechereien wären EWG-Befürworter gezwungen worden. Der BRD-Imperialismus tobt, weil er sich um die Chance gebracht sieht, leichter die Wirtschaft Norwegens aufkaufen zu können.

Vor allem die Bauern und Fischer und die Arbeiterschaft Norwegens hat mit Nein gestimmt. Sie wissen, daß diese sogenannte 'Europäische Gemeinschaft' die Gemeinschaft der Kapitalisten zur besseren Ausbeutung der Völker ist. Davon können die westdeutschen, französischen und italienischen Bauern ein Lied singen: Das EWG-Lied vom Bauernlegen. Auch die Verbraucher in der EWG haben nichts von Zollsenkungen bei den Preisen gemerkt. Subventionierte Lebensmittelvernichtung und verschärfte Inflation hat die Kapitalisten-Gemeinschaft dem kleinen Mann gebracht.

Wenn sich die sowjetischen Sozialimperialisten über die Entscheidung Norwegens freuen, dann nur aus einem Grund: aus ihrem eigenen imperialistischen Interesse heraus. Eine starke EWG ist ein wirtschaftlicher und politischer Konkurrent gegenüber dem Zarenreich. Die EWG übt Druck auf die Ostblockländer aus. Schon beginnen die Vasallen des Kreml in Ungarn, Prag und Polen mit der EWG ins Geschäft zu kommen, entsprechend ihrem Vorbild in Moskau. Natürlich schmeckt das den Herren der RGW (EWG des Ostblocks) nicht.

Für uns ist die Herausbildung der EWG ein deutliches Zeichen, daß die Widersprüche zwischen den imperialistischen Konkurrenten wachsen. Zwischen USA und EWG ist ein erbitterter Handelskrieg ausgebrochen. Auf der anderen Seite zeigt sich, daß jetzt bereits die Widersprüche innerhalb der EWG nicht mehr zu verkleistern sind. Der Kampf um die Vorherrschaft, der Kampt jeder gegen jeden, hat den Völkern Westeuropas immer deutlicher gezeigt, daß diese EWG nur die EWG der Imperialisten sein kann.

Die norwegischen Arbeiter, Bauern und Fischer haben richtig entschieden. Auch die westdeutschen Arbeiter und Bauern sagen: NEIN zur EWG der Imperialisten!

HINWEIS !

Zurecht machten uns Leser den Vorwurf, daß im Zusammenhang mit dem Bericht über die Kriegsübung der Nato 'strong express' (RM Nr.18) nicht auf das gleichzeitig stattfindende Manöver des Warschauer Pakts eingegangen wurde. Die Redaktion war damals über dieses Manöver unter dem Kommando des Kremlfürsten und CSSR-Besatzers General Jakubowski nicht informiert. Wir werden diesen großen Mangel unserer Arbeit mit einem Artikel im nächsten ROTEN MORGEN zu verbessern suchen.

RM-Redaktion



Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Redaktion:
43 Essen 1, Postlagerkarte A 009660
Bestellungen an Vertrieb:
87 Würzburg, Postfach 612
Postscheckkonto:
Hamburg, Nr. 26 27 67

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg; Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: vierzehntägig montags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement Inland DM 11.-- für ein Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto, Ausland DM 11.– für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu zahlen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Betriebsversammlung

bei OPEL-Bochum

Tausende hatten sich eingefunden. Die Werkshalle, die als Versammlungsraum diente, war überfüllt. Von Anfang an klassenkämpferische Stimmung. Betriebsversammlung bei Opel Bochum.

Zuerst sprach Perschke, IGM-Bonze, Betriebsratsvorsitzender und zuverlässiger Lakai der Opel-Bosse. Es war das übliche Gelaber korrupter Betriebsratsbonzen. Anpreisung der angeblichen Verdienste des Betriebsrates, Ablenkung vom Bonzenverrat, Ablenkung von den wirklichen Forderungen und Interessen der Arbeiter. Aber wurden bei früheren Betriebsversammlungen Perschkes Phrasen oft stillschweigend hingenommen oder sogar zum Teil mit Beifall bedacht - diesmal herrschte ein anderer Wind. Ein frischer Wind des Klassenkampfs. Perschke erntete nicht etwa Beifall, sondern Pfiffe und Buhrufe. Er verließ das Mikrophon ziemlich verstört. Als zweiter mißbrauchte Herr Dr. Preins das Mikrophon, seines Zeichens Boss der Bochumer Opelwerke. Ihm ging es natürlich nicht besser wie Perschke. Anstatt ehrfurchtsvoll seinen Worten zu lauschen, ignorierten die Arbeiter ihn und unterhielten sich untereinander. Als er allerdings die Arie vom zehnjährigen Bestehen der Bochumer Opelwerke anstimmte, rief ein Arbeiter dazwischen: Zehn Jahre Knochenmühle Opel, zehn Jahre Ausbeutung und Schinderei!'

Die '2. Liste' spricht !

Endlich war der Punkt 'Aussprache' auf der Tagesordnung. Jetzt bestieg ein Mann in Arbeiterkluft die Rednertribüne. Stürmischer Beifall begrüßte ihn: Es ist Kollege Schaumberg, als Betriebsrat von der oppositionellen Liste 2 und Vertreter der Bochumer Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IGM bekannt. Jetzt zeigt es sich, daß die Versuche von Perschke, der reaktionären Mehrheit des Betriebsrats alle zwei Wochen Sonderschichten durchgezogen). **Vorverlegung der Tarifrunde!** als Forderungen für die Tarifrunde: **15% lineare Lohnerhöhung und 1250 Mark Mindestnettolohn im Monat.** Weiter wird gefordert: Zurücknahme der Entlassung des Kollegen Oerter, der als fortschrittlicher Gewerkschafter bekannt ist. Ein Kollege, der eben-

der nun zu diesem Abstimmungsergebnis Stellung nehmen, fordert der oppositionelle Betriebsrat. Aber Perschke schweigt. Wieder wird der Bonze von den Arbeitern ausgepfiffen, deren Vertreter er zu sein vorgibt. Einige rufen: Feigling! Pfui, er kneift!

Die ganze Betriebsversammlung war ein großer Sieg der Gewerkschaftsopposition und eine schwere Niederlage für die Kapitalisten und die Arbeiterverräter um Perschke. Sie war ein anschauliches Beispiel dafür, wie stark die Kampfbereitschaft in den Großbetrieben heute ist. Sie zeigte: Die Zeichen stehen auf Sturm, der Kampf gegen Lohnraub und Rationalisierungsterror hat begonnen. Die Entstehung gewerkschaftsoppositioneller Gruppen ist eine sehr wichtige Errungenschaft der Werktätigen. Jetzt muß auf dieser Grundlage der Kampf für die Durchbrechung des Tarifdiktats von Kapital, Regierung und Gewerkschaftsführung organisiert werden.

Kein Interesse am bürgerlichen Wahlschwindel

Die Opel-Kollegen lassen sich auch durch den bürgerlichen Wahlschwindel nicht vom Klassenkampf ablenken. Auf der Betriebsversammlung traten Redner auf, die Wahlpropaganda für die SPD und für die CDU machten. Sowohl dem SPD- als auch CDU-Redner hörte kaum jemand zu. Ebenso auch beim Auftritt von Jasczyk, dem D'K'P-Bonzen, der natürlich auch Stimmen für seine Arbeiterverräterpartei werben wollte. Die Kollegen von Opel haben nicht vergessen, daß auch D'K'P-Jasczyk im Verein mit Perschke gegen die oppositionelle Betriebsratsliste gehetzt hat, auch wenn Jasczyk sich jetzt schleimig anbiedert, weil er sieht, daß die Belegschaft die Oppositionellen unterstützt.

Solidarität !

Die Betriebsversammlung bei Opel war ein großer Erfolg für die Arbeiter. Kampfbereitschaft und Solidarität der Opelarbeiter sind mächtig gewachsen. Auf diesem Weg gilt es entschlossen weiterzumarschieren. Die Opelarbeiter werden an der Spitze der Metallerfront gegen das Tarifdiktat stehen. Jetzt müssen die Kampfpositionen der Gewerkschaftsopposition weiter ausge-

ten die Bonzen gesonderte Versammlungen einberufen.

Aber plötzlich kamen einige Hundert spanische Kollegen in die Halle. Ihr Sprecher, der Kollege Lara, berichtete: Als die spanischen Arbeiter auf der für sie anberaumten Versammlung ihre Probleme diskutieren wollten, wurde die Versammlung von den Bonzen abgebrochen.

Das löste große Empörung

Als die spanischen Kollegen vor kurzem gegen diese Verhältnisse revoltierten, und die zusätzlichen Betten aus dem Fenster warfen, die man ihnen noch in die überfüllten Zimmer zwängen wollte, marschierte gleich die Polizei auf.

Dabei wurde der spanische Arbeiter José Cumplido verhaftet. Er wurde zwar am nächsten Tag freigelassen, seinen Paß

Blak und Konsorten (einschließlich Jasczyk von der D'K'P), die Kollegen von der Liste 2 zu verleumden und mit antikommunistischer Hetze zu isolieren, völlig gescheitert sind. In kurzer Zeit haben sich die oppositionellen Betriebsräte die Sympathie und das Vertrauen der meisten Arbeiter erworben, denn sie haben bewiesen, daß sie klassenkämpferisch für die Arbeiterinteressen eintreten. Donnernder Beifall von Tausenden von Arbeiterhänden, als Wolfgang Schaumberg und andere Mitglieder der Gewerkschaftsopposition die Forderungen der klassenkämpferischen Opelarbeiter formulieren: **50 Pfennig aussertarifliche Lohnerhöhung, sofort und für alle! Verkürzung der Sonderschichten** um zwei Stunden und Bezahlung der Pausen (in letzter Zeit werden von den Opel-Bossen mit Zustimmung

falls der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter angehört, erklärt, daß es notwendig ist, nicht nur Verbesserung der Sonderschichten zu fordern, sondern: **Weg mit den Sonderschichten!** Das nötige Geld muß nicht in 48 und auch nicht in 46, sondern in 40 Stunden verdient werden. Deshalb mindestens 50 Pfennig außertarifliche Lohnerhöhung. (Und der Kollege hat damit recht: Nicht nur, daß die Kapitalisten nach alter Erfahrung Sonderschichten bzw.Überstunden schieben lassen, um die Lager zu füllen und dann in der Tarifrunde mit Aussperrung zu drohen bzw. Streiks in der Wirkung abzuschwächen - jede Verlängerung der Arbeitszeit schwächt die Arbeiter und stärkt die Kapitalisten, denn längere Arbeitszeit bedeutet: Es werden weniger Arbeiter gebraucht, damit hat der Kapitalist eine günstigere Position auf dem Arbeitsmarkt).

baut werden. Die Vertrauensleute-Vollkonferenz am 1. Oktober muß dazu beitragen. Die Kampfmaßnahmen für die Forderungen, die auf der Betriebsversammlung die Unterstützung der meisten Kollegen erhielten, müssen jetzt organisiert werden. Der heiße Herbst hat begonnen!

Und noch einen wichtigen Erfolg brachte die Betriebsversammlung: Den Kapitalisten und ihren Handlangern gelingt es nicht, die geschlossene Kampffront der deutschen und ausländischen Arbeiter zu spalten. Für die ausländischen Arbeiter hat unter den deutschen Kollegen aus. Großen Beifall erhielt Kollege Lara, als er dann die Forderung nach gemeinsamer Belegschaftsversammlung von deutschen und ausländischen Kollegen aufstellte. Beifall erhielt er auch, als er die unglaublichen Mißstände im sogenannten Opel-'Wohnheim' für spanische Arbeiter anprangerte. In diesen Baracken werden die spanischen Arbeiter auf engstem Raum unter menschenunwürdigen Bedingungen zusammengepfercht und müssen dafür auch noch unverschämte Preise bezahlen.

jedoch behielt die Polizei. Ihm wurde gesagt, er könne ihn am nächsten Tag wieder abholen. Dazu jedoch kam es nicht mehr, denn Cumplido war plötzlich spurlos verschwunden und ist seither nicht wieder aufgetaucht. Ob die deutsche Polizei oder die spanische Geheimpolizei, oder beide ihre Klauen im Spiel hatten, - wer weiß es?

Auch bei Opel-Bochum reihen sich immer mehr klassenbewußte Arbeiter in den aktiven Kampf gegen das reaktionäre Ausländergesetz ein. Es werden sicher eine Reihe von ihnen beim Sternmarsch nach Dortmund gegen dieses faschistische Gesetz, gegen die zunehmende terroristische Verfolgung ausländischer Arbeiter und Studenten dabei sein.

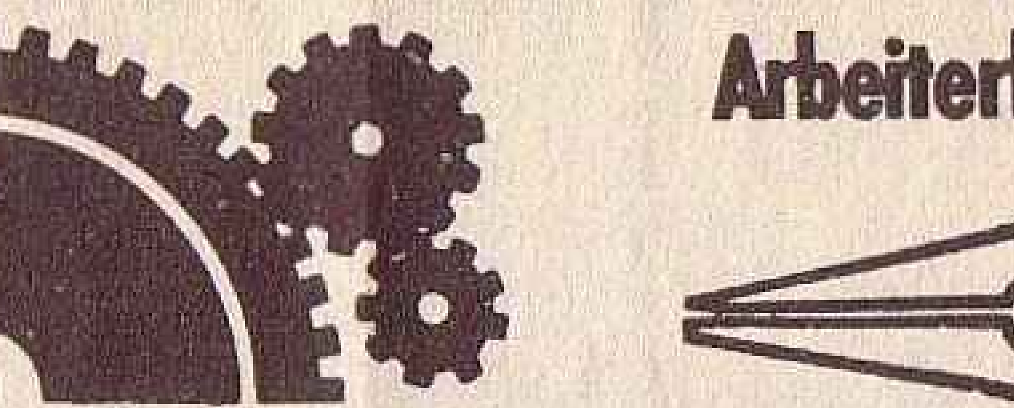
Proletarische Demokratie im Betrieb erkämpfen !

Der Konflikt zwischen Bossen und Bonzen einerseits und den Arbeitern und Angestellten andererseits spitzt sich zu,als Schaumberg, der klassenkämpferische Betriebsrat, die Forderung aufgreift:

Schluß mit der Geheimniskrämerei im Betriebsrat, Veröffentlichung der Abstimmungen mit Namen am Schwarzen Brett.

Das Bonzenpack fürchtet natürlich das Licht der Öffentlichkeit wie der Teufel das Weihwasser. Das würde ja bedeuten, daß sie von der Basis kontrolliert werden können! Als Schaumberg auffordert, diejenigen, die für die Aufrechterhaltung der Geheimnistuerei im Betriebsrat sind, sollen die Hand heben. mischt Perschke sich ein, und versucht diese Abstimmung zu verhindern, wobei er sich auf das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz beruft. Aber ein gellendes Pfeifkonzert und Pfuirufe zwingen ihn zum Rückzug. Es ertönen sogar Rufe: Perschke raus!

Es zeigt sich, daß die Opelarbeiter voll hinter der Gewerkschaftsopposition stehen. Kein einziger Arm erhebt sich für die Geheimhaltung der Arbeit des Betriebsrats. Schaumberg läßt auch noch über die Forderung nach Verbesserung der Sonderschichten abstimmen, ohne daß Perschke etwas dagegen machen kann. Die Mehrheit stimmt für die Verkürzung und Verbesserung der Sonderschichten. Perschke soll als Betriebsratsvorsitzen-



Brandt kommt zu den Arbeitern vom BOCHUMER VEREIN

An allen Ecken Polizeibullen mit Funkgeräten, Polizeihunden und umhängenden Pistolenhalftern. Eine riesige Menge von den Schwarzblauen vom Werksschutz. Hamburger Reiter, kreuz und quer durchs Werksgelände aufgestellt. Über den Köpfen kreist pausenlos ein Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes. - Was ist da los? Gehen die Kollegen vom Bochumer Verein (Krupp) daran, den pausenlosen Stillegungen im Ruhrgebiet ein Ende zu machen? Nein, noch ist es nicht so weit.

Wahlwerber Brandt war angekommen!

Großzügigerweise hatte die Geschäftsleitung allen Arbeitern zwei Stunden freigegeben. Lieber Brandts Schmalztiraden und offene Lügen anhören, als am Band weitermalochen, sagten sich da viele. Eine dieser Lügen war zum Beispiel, daß wir die höchsten Lohnsteigerungen seit 45 jetzt gehabt hätten. Dann schwafelte er stundenlang von 'unserer staatsbürgerlichen Verantwortung'. Und er vergaß auch nicht, gegen die Marxisten-Leninisten zu hetzen, denen er 'die Hammelbeine langziehen' will, wie er die Kommunisten-Verfolgung nannte. 'Ein Weinbrand ist mir lieber als ein Willy Brandt', rief da ein Arbeiter immer wieder laut zu den Kollegen.

Was dieser plötzliche Arbeiterfreund Willy Brandt wirklich meinte, sagte er am deutlichsten mit seiner Bürgerkriegstruppe, die er mitgebracht hatte. Die Arbeiter einschüchtern, um sie vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten! Genau das gleiche wird ja mit dem Schützenpanzer bezweckt, der zur Zeit dauernd um den Bochumer Verein fährt.

Was von dieser 'Demokratie' zu halten ist, sahen wir, als nach der Rede einige Lehrlinge und Jungarbeiter mit Transparenten ihre Forderungen nach voller Bezahlung der Tramkosten, nach bezahltem Bildungsurlaub und anderem vorbrachten. Sofort kam die Polizei und der Werkschutz mit einer Absperrung und hielt sie gewaltsam hundert Meter von den anderen Zuschauern entfernt.

Eine kommunistische Zelle in jedem Grossbetrieb!

NR. 2
März 72
SIEMENS-BETRIEBSZEITUNG DER KPD/MARXISTEN-LENINISTEN WÜRZBURG
ROTER LAUTSPRECHER







Lenin sagte: Der Betrieb muß unsere Festung sein. Diesen Weg geht die KPD/ML. In jedem Großbetrieb in Westdeutschland und Westberlin muß eine kommunistische Zelle aufgebaut werden. Das ist auch die Aufgabe, die der 2. Parteitag der KPD/ML den Parteigenossen gestellt hat.

In riesigen Fabrikhallen, Abteilungen und Werksanlagen der Konzerne haben die Kapitalisten selbst die Arbeiter in unserem Land zusammengefaßt. Hier, in den Hüttenwerken von Hoesch, in den Stahlwerken bei Krupp, in den Fabrikhallen bei Siemens und AEG ist auch die Kampfkraft der Arbeiterklasse am konzentriertesten, ist die Kampfentschlossenheit und Stärke am größten. Das haben die Kämpfe der letzten Jahre, das hat die gegenwärtige Streikbewegung bewiesen. In diesen Betrieben mit tausend und zehntausend Mann können manchmal bereits 3 organisierte, entschlossene Kommunisten die Lunte sein am Pulverfaß. Streiks werden ausgelöst und vorangetrieben, Ausbeutung und Verrat in jeder Abteilung bekannt, Kollegen überwinden falsche Vorstellungen über Kommunisten, die sie durch die bürgerliche Propaganda und das Bild der D"K"P bekommen haben. Wie ist das möglich, daß eine kleine kommunistische Zelle eine Belegschaft von Tausenden zum Kampf führen kann. Ist das möglich?

Jawohl. Das war nicht nur in der Vergangenheit so, als Thälmann-Kommunisten den Kampf um die Mehrheit ihrer Klassengenossen führten. Das ist auch heute so, wo noch vielfach junge, aber kampfentschlossene Genossen den Kampf um die Gewinnung der Fortgeschrittensten ihrer Klasse und für die Verbreitung der kommunistischen Idee in den Massen führen.

Eine wichtige Waffe: die bolschewistische Betriebszeitung!

Daß dies heute möglich ist, und wie dies möglich ist, beweisen die immer zahlreicheren Betriebszeitungen der KPD/ML.

‚Hier spricht der ROTE LAUTSPRECHER'.: Heute Betriebsversammlung. Kollegen, die Schweinerei aus Abteilung 260 muß auf den Tisch. Bonze Abwiegler muß Farbe bekennen, was er gegen die Arbeitshetze und Entlassungen in der Gießerei **nicht** unter- und Irland, gezeigt: Das ist das Gesicht des Kapitalismus!

Die Betriebszeitungen der KPD/ML sind ein wichtiges Instrument, um den Kommunismus in die Massen zu tragen und die Kollegen im täglichen Kampf zu unterstützen. Wir freuen uns darauf hinweisen zu können, daß die Anzahl der Betriebszeitungen der Partei einen Stand wie noch nie erreicht hat (die Abbildungen nebenan umfassen nicht alle).







SEL-BETRIEBSZEITUNG DER KPD/MARXISTEN-LENINISTEN
DAS ROTE LENKRAD
DIE ARBEITERKLASSE





nommen hat. Ein Kollege aus dem Schaltwerk schreibt einen Leserbrief. Er ist kein Kommunist. Aber gegen Ausbeutung will er kämpfen. Und die Kommunisten und ihre Betriebszeitung nimmt kein Blatt vor den Mund. Deshalb schreibt er ihr. Ein anderer Kollege kritisiert die Kommunisten. Eure Information vom letztenmal stimmt nicht, so war es ... Um so besser, alle Kollegen müssen ihre Meinung und Kritik denjenigen sagen, die sich für ihre Klasse bedingungslos einzusetzen versprechen. Natürlich wird die Kritik abgedruckt. Und immer wieder wird anhand der täglichen Schweinereien im Betrieb, aber auch außerhalb, in Bonn oder auf dem Wohnungs- und Arbeitsamt, oder in Vietnam Und was noch wichtiger ist: Der Inhalt wird besser. Phrasendreschen und unverständliches Theoretisieren wird abgelöst durch die sachliche aber auch kämpferische Propagierung des Marxismus-Leninismus anhand der täglichen Erfahrungen der Kollegen. Das Wiederkauen von Dingen, die eh schon fast jeder Kollege weiß, wird abgelöst durch vorwärtsweisende, führende Politik. Denn nur das findet bei allen klassenbewußten Kollegen Anklang, was wirklich kämpferisch, wegweisend, revolutionär ist. Abgelehnt wird das, was sich anbiedert und ‚von hinten-rum heranschleicht', wie sie es von D"K"P-Blättchen und deren Nachbeter zur Genüge kennen.

Werde Mitglied der KPD/ML !

Die Betriebszeitungen der KPD/ML werden oft in nächtlicher mühsamer Arbeit von den Genossen selbst geschrieben, selbst gedruckt und bezahlt. Am nächsten Morgen verteilen andere Genossen sie vor dem Tor. „Aha, der neue ‚Lautsprecher!... der ‚rote Funke'.. die ‚Zündkerze'... so werden die Verteiler immer häufiger begrüßt. Immer häufiger bleibt ein Kollege kurz stehen, um ein paar Worte zu wechseln. Immer häufiger steckt ein anderer schnell seine Adresse zu: Können wir uns mal unterhalten. Sympathisanten werden gewonnen. Sie arbeiten in der Roten Betriebsgruppe mit, schreiben selbst Artikel für die Betriebszeitung, informieren sich über die Partei. Und schließlich heißt es: Ich will Mitglied in der Betriebszelle der KPD/ML werden. Kein schönes Mitgliedsbuch, aber harte und gefährliche Arbeit – im Dienst meiner Klasse. Für die Verjagung des Schmarotzer- und Verrätergesindels. Für ein sozialistisches Deutschland.

Kollege, Genosse, die Streikkämpfe haben begonnen. Im Herbst wird ein entschlossener kommunistischer Kern auch in deinem Betrieb gebraucht. Zur Organisierung der Gewerkschaftsopposition, zur Verbreitung des Marxismus-Leninismus, der wissenschaftlichen Lehre vom revolutionären Klassenkampf.

Die Arbeiterklasse kommt immer schneller in Bewegung. Die Feinde des Volkes rüsten sich. Sie prügeln, verhaften, schießen und lügen dabei das Blaue vom Himmel über Demokratie und soziale Marktwirtschaft. Organisiere Dich in der kommunistischen Zelle Deines Betriebes. Helfe eine aufzubauen, wo keine ist. Werde Mitglied Deiner Partei, der KPD/ML.





KEINE ILLUSIONEN!

Kommunistenverfolgung und Verbotsvorbereitungen gegen KPD/ML u.marxistisch leninistische Ausländerorganisationen in vollem Gange

Der Studentenzirkel „KPD"-AO meint, daß die KPD/ML und die Gruppe „Rote Fahne"/Bochum dem Verbot entgegenfiebern (RF Nr. 60, S. 2). Nun, wer die Ideologie des „friedlichen Imperialismus" verbreitet wie die „KPD"-AO, der will natürlich die Tatsachen nicht sehen. Und diese sieht, wer sehen will.

Im letzten ROTEN MORGEN haben wir aufgezeigt, aus welcher politischen Lage heraus die Bourgeoisie gerade jetzt gezwungen wird, offen zum Verbot zu schreiten.

Im letzten Herbst forderten IGM-Bonzen im Verein mit D"K"P-Funktionären auf dem IGM-Kongreß in einem Antrag an die Bundesregierung das Verbot der KPD/ML und der marxistisch-leninistischen Organisationen. Kein Wunder, die Metallarbeiter brachen zu den größten Streikkämpfen seit Jahren in der BRD auf, und die IGM-Bonzen fürchteten das Eingreifen der Kommunisten mit revolutionären Losungen gegen den Bonzenverrat.

Seither haben sich die Klassenwidersprüche erheblich weiter verschärft, und die Bourgeoisie hat heute mehr denn je notwendig, zum Verbot zu schreiten: Ihren Wahlkampfzauber und den geplanten Lohnraub an Hunderttausenden Arbeitern und Angestellten bei den kommenden Tarifverhandlungen hofft sie durch Verfolgung und Verbotsmaßnahmen „ungestörter" abziehen zu können. Sie hofft vergebens.

2 Taktiken der Bourgeoisie

In München wurde eine Demonstration der KPD/ML mit folgender Begründung verboten (s. RM Nr. 19 S. 2): „Es geht hier vielmehr um die Frage, ob der Veranstalter (die KPD/ML) das Grundrecht der Versammlungsfreiheit überhaupt für sich in Anspruch nehmen kann."

Weitere Begründung: Die KPD/ML sei eine „kriminelle Vereinigung". Damit wurden auch die anschließenden Hausdurchsuchungen bei Münchner Genossen der KPD/ML und im Büro

Oder sie findet den Paragraphen: „Billigung eines Verbrechens". So wurde unter diesem Paragraphen gegen den Vorsitzenden unserer Partei, Ernst Aust, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet (s. RM Nr. 18 S. 12), und keine 2 Wochen danach erhalten Schüler in Wiesloch, Sympathisanten der KPD/ML, eine Anklageschrift wegen des gleichen „kriminellen Delikts" (s. Artikel unten).

Oder Bonn erläßt einfach ein neues Strafgesetz. Die SPD hat den Entwurf dafür schon in ihrer Wahlplattform verkündet: „Aufforderung zur Gewalt ist strafbar." Natürlich wird damit kein einziger Wildwestfilm o. dgl. verboten. Als „kriminell" bestraft soll jeder werden, der **nur davon redet**, daß gegen Prügelpolizisten nur Prügel und gegen Gewehre nur Gewehre helfen. Diesen Weg der Kriminalisierung will ein Teil der Bonner Kapitalistenknechte eingehen, vor allem die SPD.

Die andere Taktik

Einen anderen Weg geht vor allem die CDU/CSU: Sie fordert auf, das KPD-Verbot auf die heutigen kommunistischen Organisationen anzuwenden, d. h. Verbot auf Grund der „Verfassungsfeindlichkeit" (natürlich benutzt die CDU/CSU auch die Kriminalisierungstaktik ausgiebig).

So stellte z. B. die CDU-Bürgerfraktion in Bremen einen Dringlichkeitsantrag, in dem der Senat aufgefordert wird zu prüfen: „ob ein Verbot des Kommunistischen Bundes Bremen (ein marxistisch-leninistischer Zirkel — d. Red.) durch Grundgesetz in Verbindung mit Vereinsgesetz oder Bundesverfassungsgerichtsgesetz begründet ist, ferner, ob und mit welchen Gründen Maßnahmen gegen den KB Bremen durchgeführt werden sollen."

Dieser Weg über die Anwendung des KPD-Verbots ist der Bourgeoisie gefährlicher als die der „Kriminalisierung". Bei Anwendung des KPD-Verbots auf die KPD/ML und andere

Wieder Sympatisanten der KPD/ML vor Gericht!

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Heidelberg, den 30.8.1972

An das Amtsgericht/Jugendgericht Wiesloch
Die Genannten klage ich an,
sie hätten . . . auf Grund gemeinschaftlich gefaßten Willenentschlusses an einem nicht mehr feststellbaren Tag vor dem 28. 6. 1972 als Angehörige der Roten Zelle Wiesloch (Rotzwies) einen Artikel aus der in Mannheim erscheinenden Zeitschrift „Roter Morgen" mit der Überschrift „Rote Armee Fraktion auf unserer Seite der Barrikade" abgeschrieben, mittels Abzugsaparat verfielfältigt und am 28. 6. 1972 in Wiesloch verteilt. In diesem Artikel, mit welchem sie ihre Meinung identifiziert hätten, seien öffentlich strafbare Handlungen gebilligt und zum bewaffneten Kampf gegen die gesellschaftliche Ordnung aufgerufen worden . . .
Sie hätten somit . . . gemeinschaftlich eine der in § 138 Abs. 1 StGB genannten mit Strafe bedrohten Handlungen — hier mehrfachen gemeinschaftlichen Mord — öffentlich gebilligt, nachdem diese begangen oder ihre Begehung versucht worden war. Die Tat ist ein Vergehen, strafbar nach § 140 Abs. 1,47 StGB 1,3,105 ff JGG.
. . . gez. **KOLB**
Erster Staatsanwalt

Die Genossen aus Wiesloch schreiben an den ROTEN MORGEN u. a.: „Im RM 18/72 haben wir gelesen, daß gegen den Genossen Ernst Aust als verantwortlichen Redakteur des ROTEN MORGEN wegen der gleichen Sache ein Ermittlungsverfahren anhängig ist. Der ROTE MORGEN hat die gebührende Antwort erteilt. Die Rote Zelle Wiesloch stellt sich voll und ganz hinter diese Antwort. Getreu der Logik: Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheiteren und so fort bis zu ihrem Untergang versucht die Bourgeoisie erneut, nach der Niederlage im Kommunistenprozeß, unserer kommunistischen Partei, der KPD/ML, einen Schlag zu versetzen. An zwei Fronten zugleich: Während in Hamburg gegen den Vorsitzenden unserer Partei, Ernst Aust, vorgegangen wird, wobei hier die Klassenjustiz offensichtlich vorsichtiger zu

der Gruppe „Rote Fahne"/Bochum begründet.

Das ist die eine Taktik der Bourgeoisie: Kriminalisierung! Wer zum revolutionären Klassenkampf, wer zur revolutionären Gewalt gegen die Gewalt der Herrschenden aufruft, ist kriminell im Sinne des bürgerlichen Strafrechts.

Einen ersten Höhepunkt der Kriminalisierungskampagne bestand in der bundesweiten „Jagd nach den kriminellen Gewalttätern der Baader-Meinhoff-Bande". Gleich im Anschluß daran wird die Kampagne aus allen Rohren der bürgerlichen Propagandamaschine fortgesetzt. Anlaß ist die Erschießung der 16 Araber und Geiseln in München auf Kommando von Genscher & Co. Die anschließende Hetzkampagne wird noch weiter ausgedehnt: auf die „radikalen und kriminellen Ausländer" und ihre Organisationen. Sofort wird ein Zusammenhang zwischen den „jüngsten gewalttätigen Demonstrationen Linksradikaler in München" (gemeint ist die Demonstration von KPD/ML, GRFB, Rote Garde u. a.) und den Terroristen gesehen. So steht z. B. auch in der Süddeutschen Zeitung vom 27. Sept. S. 3: „Die Verbindungen (der arabischen Terroristen) zu deutschen Sympathisanten aus der extremen Linken — etwa der KPD/Marxisten-Leninisten — sind ebenfalls deutlich beweisbar." Im gleichen Artikel wird die KPD/ML indirekt wieder mit dem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim in München in Verbindung gebracht. Damals starben viele alte Menschen. Damals wurde sofort auch die ROTE GARDE, die Jugendorganisation der KPD/ML, beschuldigt, diesen Brand gelegt zu haben. Damals drangen Polizisten mit Maschinenpistolen in Räume der KPD/ML ein, um nach „Indizien" zu suchen (s. RM 3/70)

„Radikale Ausländer — radikale Deutsche = Kriminelle". „Radikale Ausländerorganisationen" sollen verboten werden, fordern alle Bonner Parteien. Und damit gleich den zweiten Streich: „Radikale deutsche Organisationen", wie die KPD/ML, sollen verboten werden. So denkt sich das also die Bourgeoisie.

Wie schon immer verbindet die deutsche Bourgeoisie die Verfolgung von Klassenkämpfern und Kommunisten mit einer nationalistischen Hetze. Früher waren es die Juden, heute sind es „die Araber" oder die „Ausländer". Weiterhin wird von allen Kanzeln, aus allen Zeitungen, in Rundfunk und Fernsehen, in Schule und auf DGB-Kongressen gegen „kriminelle Gewalttäter" gehetzt. Wer damit gemeint ist, ist klar: Die Kommunisten, die offen sagen, daß Kriminellen wie Abs, Krupp und Thyssen und ihren Genschern, Strauß, Brandt und Schreibern nicht mit dem Wahlzettel und Gebetsbüchern beizukommen ist, sondern nur durch den revolutionären, gewaltsamen Klassenkampf.
Das nennt also die Bourgeoisie „kriminell", blättert in ihrem Gesetzbuch und findet den entsprechenden Paragraphen, der z. B. zum Verbot „krimineller Vereinigungen" auffordert.

Organisationen muß sie noch viel mehr Farbe bekennen. Farbe darüber, in welcher „Demokratie" wir leben, die jede Partei verbietet, die nicht das Grundgesetz der Bourgeoisie heiligt.

Ein Grundgesetz, das noch vielen allzu bekannt ist als Instrument der Adenauer und Co, mit dem sie Deutschland spalteten. Ein Grundgesetz, das dem deutschen Volk mit amerikanischen, britischen und französischen Bajonetten aufgezwungen wurde. Ein Grundgesetz, in dem es heißt: Geheiligt sei das Privateigentum und die Ausbeuterherrschaft der Kapitalisten.

Benutzt Bonn das KPD-Verbot gegen die KPD/ML und die heutigen, wirklichen Kommunisten, so wird auch die Erinnerung wachgerufen an die Zeiten der Kommunistenverfolgungen, der Massenprozesse und Terrorurteile in den 50er und 60er Jahren. Dann gibt auch die Bourgeoisie zum zweitenmal nach 45 auf diese Weise zu, daß sie nicht mehr herrschen kann ohne offene Verfolgung und Verbot der Kommunistischen Partei. Die Anwendung des KPD-Verbots wäre ein deutliches Zeichen der Schwäche dieses Gewaltstaates, ein deutliches Warnsignal für hunderttausende Arbeiter und Werktätige, die aus der deutschen Geschichte gelernt haben.

Habt Mut zu kämpfen, habt Mut zu siegen!

Wie sich die Bourgeoisie auch entscheidet — sie kann nicht mehr lange warten. Der Wahlrummel wird die Illusionen der werktätigen Massen, denen Inflation, Arbeitshetze und Massenentlassungen im Genick sitzen, über dieses System und diese „Demokratie" der Reichen nur noch mehr zerstören. Die Streikbewegung hat bereits eingesetzt. Im Herbst und Winter werden sich die Klassenkämpfe erneut zuspitzen. Hunderttausende Arbeiter und Angestellte werden für ihre berechtigten Lohnforderungen kämpfen. Die Bourgeoisie fürchtet wie die Pest, daß in diese Kämpfe der Geist des revolutionären, unversöhnlichen Klassenkampfes getragen wird. Sie hofft wie seit 130 Jahren so auch heute, daß sie den Kommunismus, den Marxismus-Leninismus eindämmen könne. Sie hofft seit 130 Jahren vergeblich: Die Kommunistische Arbeiterbewegung lebt und wird stärker von Tag zu Tag! Stärker als alle Kräfte in der Welt, die gegen die verzweifelt um sich schlagenden Kräfte der Reaktion kämpfen.

Das Kapital will unser Verbot. Wir kämpfen weiter - Deutschland wird rot!

Werke geht, versucht man in Wiesloch mit den zwei Schülergenossen der ROTZWIES kurzen Prozeß zu machen. Man gab hier nicht erst die Gelegenheit sich zu äußern, sondern schickte gleich die Anklageschrift. Indem man den Prozeß so schnell wie möglich über die Bühne gehen lassen will, glaubt man den Widerstand der Schülerschaft gegen diesen reaktionären Anschlag von vorneweg abzuwiegeln. Dies wird nicht gelingen. Wir werden der Klassenjustiz, wie immer sie vorgehen mag, letztendlich eine Niederlage bereiten."

RM-Redaktion:

Genossen, die Staatsanwaltschaft im Verein mit den reaktionären Teilen des Lehrkörpers haben schon lange darauf gewartet, Euch eins auszuwischen. Sie haben ihren Paragraphen gefunden, und sie werden immer wieder einen finden, und wenn sie sich drehen und wenden müssen. Aber ihr sagt auch richtig: Es ist keine Frage, wer wem eins auswischt. Wie sagt der Führer des chinesischen Volkes, Mao Tse-tung: „Wer eine gerechte Sache vertritt, wird große Unterstützung finden." Genossen, diese Unterstützung habt ihr. Die Partei und die ROTE GARDE stehen fest hinter Euch. Ferner wird auch das Solidaritätskomitee, das anläßlich der Verhaftungen in München gegründet wurde, eine breite Solidarität organisieren. Tausende Genossen werden dafür sorgen, daß der Angriff auf Euch, wie auch die weitere Haft des Genossen Schmidt in München, wie auch die Fälle vieler, sich täglich häufender Anklagen, Verhaftungen und Mißhandlungen von fortschrittlichen und kommunistischen Klassenkämpfern, zurückgeschlagen wird. In Betriebszeitungen werden die Kollegen informiert, im Stadtteil, auf allen Sympathiesantentreffen, auf der Agitation in den Wahlversammlungen — überall wird der Kampf gegen politische Verfolgung wie in Eurem Fall aufgenommen. Besonders auch die ROTE GARDE, die Jugendorganisation unserer Partei wird sich Euer mit revolutionärem Eifer und Tatkraft annehmen. **Und auch die praktische Solidarität darf nicht vergessen werden! Die 2 Schülergenossen können den Rechtsanwalt und andere Unkosten nicht selbst bezahlen. Wir fordern daher auf, für die Genossen, unter dem Kennwort „Rotgardisten Wiesloch", auf das Konto des Solidaritätskomitees zu spenden. Denn Rotgardisten seid ihr, und in den Reihen der ROTEN GARDE, der Jugendorganisation der KPD/ML, ist Euer Platz.**

Das Konto des Solidaritätskomitees:
Wagner, Dorotheenstraße
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Kto.-Nr. 5 892 666
Kennwort: „Rotgardisten Wiesloch"
Für Briefe an das Solidaritätskomitee:
43 Essen 1
Postlagerkarte 06 43 76 A

Kapitalistisches

Profit durch Krisenproduktion

Im vergangenen Jahr war noch von einer zunehmenden Milchknappheit die Rede — aber jetzt sind sie wieder da: die Butterberge. 263.000 Tonnen lagern in den Kühlhäusern der EWG, davon allein in der BRD 101.000 Tonnen.

Mit der planlosen Vergrößerung der Milchwirtschaft wurden natürlich gleichzeitig von den großen Molkereien die Milchpreise angehoben. Die Milch wurde nicht mehr verkauft und mußte zu Butter verarbeitet werden. Verdient haben die großen Molkereibesitzer wieder einmal doppelt. Einmal an den hochgeschraubten Milchpreisen, von denen der kleine Bauer natürlich nichts abbekam. Zweitens durch die Überproduktion selbst. Die Molkerei-Kapitalisten haben ja ihren Staat, der ihnen die überschüssige Butter zu Festpreisen abnimmt. Oder dieser Staat zahlt den Unterschied zwischen den niedrigeren Weltmarktpreisen und den hohen EWG-Preisen dem Molkerei-Besitzer, wenn dieser Milch exportiert. Das bezahlen die Millionen Werktätigen, die heute noch mit ansehen müssen, daß Butterberge aufgetürmt werden, während aber immer noch ihre Kinder die Schulmilch nicht überall frei erhalten.

DIE HAUPTTENDENZ IN D

Klassenkämpfe in Japan!

Brief eines japanischen Genossen

(Übersetzt aus dem Englischen mit Kürzungen)

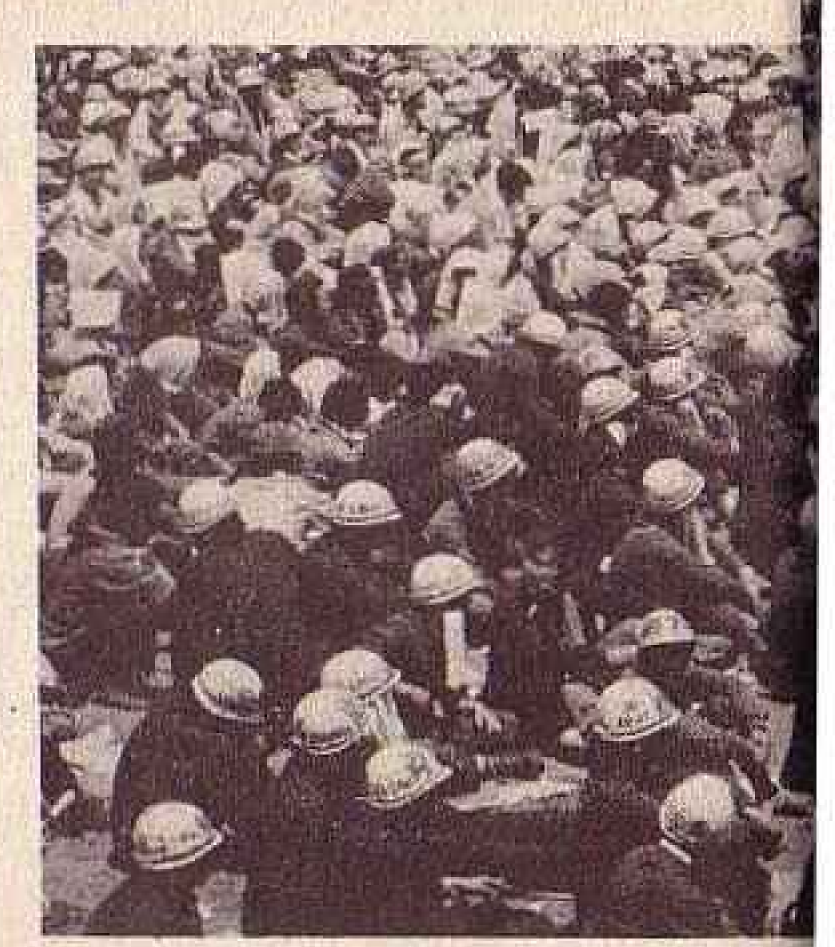
Liebe Genossen!

Der japanische Kapitalismus, der von den US- und japanischen Reaktionären kontrolliert wird, sieht sich jetzt einer ernsteren Krise der Unruhe, des Krieges und der Revolution gegenüber als in jeder anderen Krise seit dem 2. Weltkrieg. Lange vorbei ist die Periode der zeitweiligen, relativen Stabilisierung des japanischen Kapitalismus, die durch die einseitige Politik des „hohen wirtschaftlichen Wachstums" während der 60er Jahre erreicht wurde. In der Folge sind solche Erscheinungen aufgetreten wie Massenentlassungen, Aussperrungen, Produktionseinschränkungen, Bankrotte, usw. und die Politik der kapitalistischen „Rationalisierung" und der Wiederbelebung des japanischen Militarismus wurde beschleunigt vorangetrieben. Dies alles kann nur den Widerspruch zwischen den US- und japanischen Reaktionären und dem japanischen Volk verschärfen und die weitere Entwicklung der revolutionären Kräfte beschleunigen.

Die Lage der Revolution in Japan ist in der Tat ausgezeichnet. Im letzten Herbst führten die breiten Massen des japanischen Volkes, verschiedene Klassen und Schichten mit der Arbeiterklasse als führender Kraft, große historische Kämpfe gegen den Trick der „Rückkehr Okinawa's zu Japan" und gegen die Wiederbelebung des japanischen Militarismus (nach wie vor bleibt Okinawa einer der wichtigsten Militärstützpunkte der USA — RM).

Auch in diesem Frühjahr fanden überall Massenversammlungen, Demonstrationen und Streiks statt, bei denen Losungen getragen wurden wie:

NIEDER MIT DEM TRICK DER 'RÜCKKEHR OKINAWAS'!
KAMPF DER AUSDEHNUNG DER 'SELBSTVERTEIDIGUNGSTRUPPEN'* AUF OKINAWA!
KAMPF DEM 'VIERTEN VERTEIDIGUNGSPLAN', DER EIN PROGRAMM DER KRIEGSRÜSTUNG IST!
FÜR DIE JAPANISCH-CHINESISCHE FREUNDSCHAFT UND DIE WIEDERAUFNAHME DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN ZU CHINA!
KAMPF DER WIEDERBELEBUNG DES JAPANISCHEN MILITARISMUS!
NIEDER MIT DER SATO-REGIERUNG!



Ungefähr 9 000 Ju (Kunamoto City, 1.

Zur Zeit (24. Juli) breitet sich ein Sabotage-Streik von 300 000 Eisenarbeitern gegen den Transport von US-Munition für den Vietnamkrieg aus. Die Eisen-

---

Wir danken dem japanischen Genossen für seinen Brief. Die westdeutsche und japanische Arbeiterklasse kämpfen in einer sehr ähnlichen Lage, gegen einen sehr ähnlichen Feind. Der westdeutsche wie der japanische

Nicht abzusehen

„Nicht abzusehen" ist die „Entscheidung über strafrechtliche Konsequenzen" im Fall MacLeod. Das erklärte die Staatsanwaltschaft in Stuttgart. MacLeod wurde bei der bundesweiten Jagd gegen die „Staatsfeinde der Baader-Meinhof-Bande" von einem Mordkommando der Stuttgarter Polizei erschossen — unbewaffnet, unbekleidet, in den Rücken.

Die Staatsanwaltschaft denkt natürlich nicht daran, den Polizei-Killer zu bestrafen. Wie es jetzt hieß, lägen die angeforderten kriminaltechnischen, gerichtsmedizinischen und psychologischen Gutachten noch nicht vollständig vor. Es sei noch ungewiß, wann eine Entscheidung gefällt werde. Man kann lange warten — eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Gegen den Strich

Rund 3000 Mark soll eine Büfettfrau ihrem Chef zahlen. Das entschied das Arbeitsgericht Duisburg. Dort hatte der Wirt gegen seine Angestellte geklagt, weil diese aus 0,7-Liter-Flaschen Weinbrand nicht 32 Gläser, sondern nur 29 Gläser ausgeschenkt habe. Die Büfettfrau hatte also den Gästen „zu gut" eingeschenkt, und das ging gegen die vertraglichen Abmachungen und den Profit des Wirtes. Vor Gericht sagte die Frau, daß es schwer gewesen sei, bis zum Eichstrich genau einzufüllen. Dagegen meinte der Richter, nur in ländlichen Gegenden seien die Gläser gut gefüllt, in Großstädten dagegen seien die Gläser nur knapp bis zum Eichstrich gefüllt. Die Frau muß zahlen. Wenn den Kapitalisten etwas gegen den Strich geht, dann macht ihre Justiz eben die Rechnung — für die Arbeiter und Angestellten.



25 000 Arbeiter im Kyushu-Distrikt veranstalten eine Kundgebung und Demonstration gegen den japanischen Militarismus, gegen die Verlegung der 'Selbstverteidigungstruppen' nach Okinawa und gegen die zunehmende Ausbeutung.

10 Millionen Arbeiter streikten im ganzen Land für ihre wirtschaftlichen Forderungen.

Erstens war eines der wichtigsten Kennzeichen dieser Kämpfe, daß sie mit politischen Kämpfen verbunden, weiter entfaltet wurden und so die Arbeiterklasse in starkem Maße ihr politisches Bewußtsein erhöhte. Der 1. Mai dieses Jahres wurde von 3 Millionen Arbeitern im ganzen Land begangen. Sie fegten die schändlichen „Maifeiern" hinweg und veranstalteten große Demonstrationen unter politischen Losungen.

Zweitens hielten in allen Industriezweigen Streiks von großer Kampfentschlossenheit an, die die breitesten Massen der unteren Schichten des Proletariats wie auch solche Arbeiter mit einschloß, die dem Gesetz nach kein Streikrecht besitzen, wie z. B. die staatlichen Eisenbahnarbeiter, die Postarbeiter, usw. Sowohl die Anzahl der Streiks als auch die Anzahl der Teilnehmer erreichte in der Geschichte Japans einen Rekord. Am 27. April streikten 160 000 Arbeiter aus 4 203 Gewerkschaftsorganisationen der Eisenbahn, der Untergrundbahn, der Straßenbahn, Busse, Flugzeuge, Taxis, usw.

Durch die mächtigen Streiks wurde die sogenannte Theorie der „Löhne auf der Basis der Produktivität" zerschlagen, die nichts anderes als eine Lohn-Stop-Politik der US-Japanischen Reaktionäre ist. Ferner wurde der verräterische Charakter der revisionistischen Miyamoto-Clique (japanische Bruderpartei der D"K"P – RM) noch deutlicher durch die in Bewegung geratenen Massen erkannt. Kämpferische Arbeiter, die Streiks organisierten und Demonstrationen auf der Straße abhielten, prangerten den Verrat der Miyamoto-Cliquen an und buhten deren Sprecher aus. So wurde die revisionistische Miyamoto-Clique überall noch mehr isoliert.

Der Kampf entwickelt sich immer weiter, so auch unter den Losungen:

KAMPF DER US-AGRESSION GEGEN VIETNAM!
KAMPF DER TEILNAHME DER SATO-REGIERUNG AM KRIEG GEGEN VIETNAM!

*so heißen die japanischen Streitkräfte seit dem 2. Weltkrieg

Imperialismus konnten nach ihrem verlorengegangenen Raubkrieg nach 1945 mit Hilfe des USA-Imperialismus wieder hochkommen und verlangt zunehmend nach der Wiederherstellung seiner alten Macht. Der japanische Militarismus erhöht wie der westdeutsche Militarismus seine Rüstung in rasendem Tempo: der 4. Fünfjahresplan

N

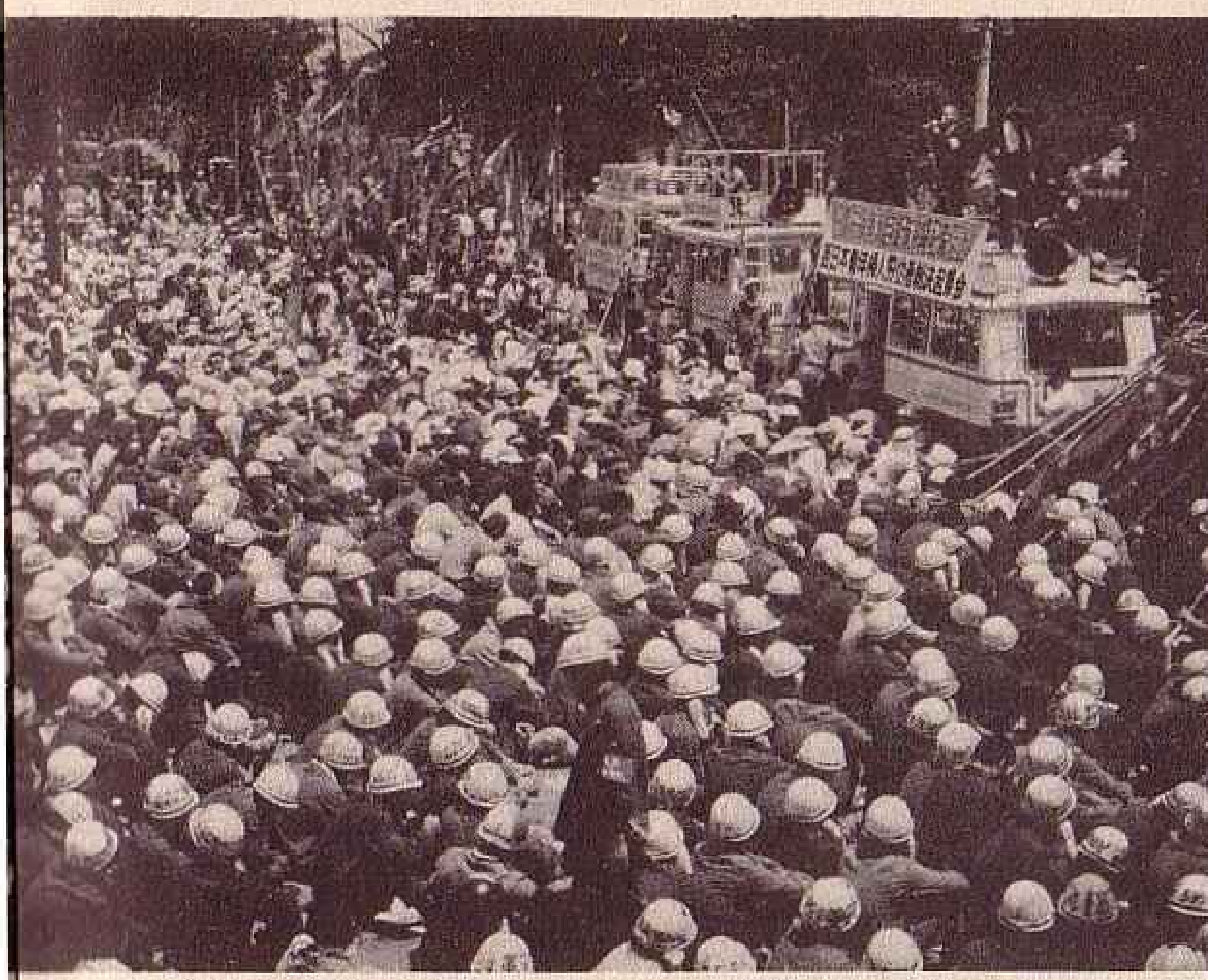
Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach wie vor die expansionistischen (auf Ausdehnung gerichteten) Ziele des japanischen Imperialismus weiterleben. Zunehmend dringt der

Die Haupt



9 00

R WELT IST REVOLUTION



demonstrieren gegen den japanischen Militarismus
2)

ner stoppten und verzöger- mehr als 6 000 Güter- und sagierzüge. So kämpft auch churo (die Gewerkschaft der Arbeiter in US-Militärbasen in Japan) für den Boykott aller Arbeiten für den Aggressionskrieg in Vietnam.

2–1976) der japanischen Ar- sieht Ausgaben von insge- t 4 800 Milliarden Yen (50 arden DM) vor. Das ist rund mal soviel wie im letzten . Und dabei sind in dem gen Fünfjahresplan die steigerungen nicht enthal- tal ins Land zu lassen, Japan die Schätze Sibiriens vorzuwerfen, und mit dem „Friedensvertrag" dem japanischen Militarismus zuzuwinken.

Allerdings sieht sich der japanische Imperialismus zur Zeit in solche Schwierigkeiten ver-

Spanien: Warnschüsse auf Streikende!

Vor kurzem erlebte die nordwestspanische Hafenstadt Vigo eine mächtige Streik- und Demonstrationsbewegung der Arbeiter. Zuerst traten die Arbeiter des Citroën-Werkes illegal in den Streik (in Spanien sind praktisch alle Streiks illegal). Ihre Forderung: Einführung eines freien Samstages im Monat und 44-Stunden-Woche. Sofort wurden 5 Kollegen, die sich aktiv an der Organisierung des Streiks beteiligten, entlassen. Die Streikenden antworteten mit Demonstrationen. Die franco-faschistische Polizei rückte an. Es kam zu heftigen Kämpfen. Die Polizei mußte aus anderen Städten Verstärkung herbeischaffen. Auch Warnschüsse auf die Streikenden konnten die Arbeiter von Vigo nicht einschüchtern. Die Streikfront wuchs. Die Arbeiter der 4 Werften von Vigo sowie ganze Belegschaften anderer Betriebe der Stadt schlossen sich den Citroën-Arbeitern an. Schließlich stand eine Front von 20 000. Der Streik dauerte über zwei Wochen.

Währenddessen kam der zur Nachfolge für Franco bestimmte Kronprinz Juan Carlos samt Hofstaat in Bonn an. Der BRD-Imperialismus weiß seine guten Beziehungen zu den spanischen Faschisten zu schätzen. Erst dieses Frühjahr war Scheel Gast bei Francos Wirtschaftsminister.

Juan Carlos wagte sich keine Sekunde außerhalb des Schußbereichs der Maschinenpistolen seiner Genscher-Leibwache. Er hat guten Grund. Jeder spanische Patriot ist heute bereit, diesen Blutsaugern und Folterknechten des spanischen Volkes die Gurgel zuzudrücken.

ES LEBE DIE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK SPANIEN!

Revisionistisches

Sozialistische Milliardäre ?

Die jugoslawische Presse, hohe Funktionäre der Tito-Clique und hohe Staatsbeamte mußten zugeben, daß das „Gerücht" wahr ist: In Jugoslawien gibt es schätzungsweise 170 Dinar-Milliardäre. Die Empörung in den Betrieben und auf dem Land ist so groß, daß selbst der Präsident der jugoslawischen Bundeshandelskammer die Existenz der Milliardäre bestätigen muß. Die sogenannten „Arbeiterräte" in den sogenannten „Selbst-Verwaltungsbetrieben" zahlen der Belegschaft kaum noch die Minimallöhne — jetzt ist wieder jedem deutlich geworden, wohin das Geld fließt.

Die Beamten der Bourgeoisie versuchen sich herauszureden.

Der Präsident der Bundeshandelskammer: „Ich habe lediglich von 156 Milliardären gesprochen."

Der Chef der staatlichen Buchführung: „Bei uns sind leider nur staatliche und genossenschaftliche Betriebe geführt; für Privatmilliardäre sind wir nicht zuständig."

Die Finanzämter: „Es ist denkbar, daß sich ihr Geld im Ausland befindet."

Der Direktor der Belgrader Bank, der aufgefordert wurde, die Sparkonten zu überprüfen: „Falls das Bankgeheimnis ungesetzlich durchbrochen wird, so wird das für die Volkswirtschaft katastrophale Folgen zeitigen."

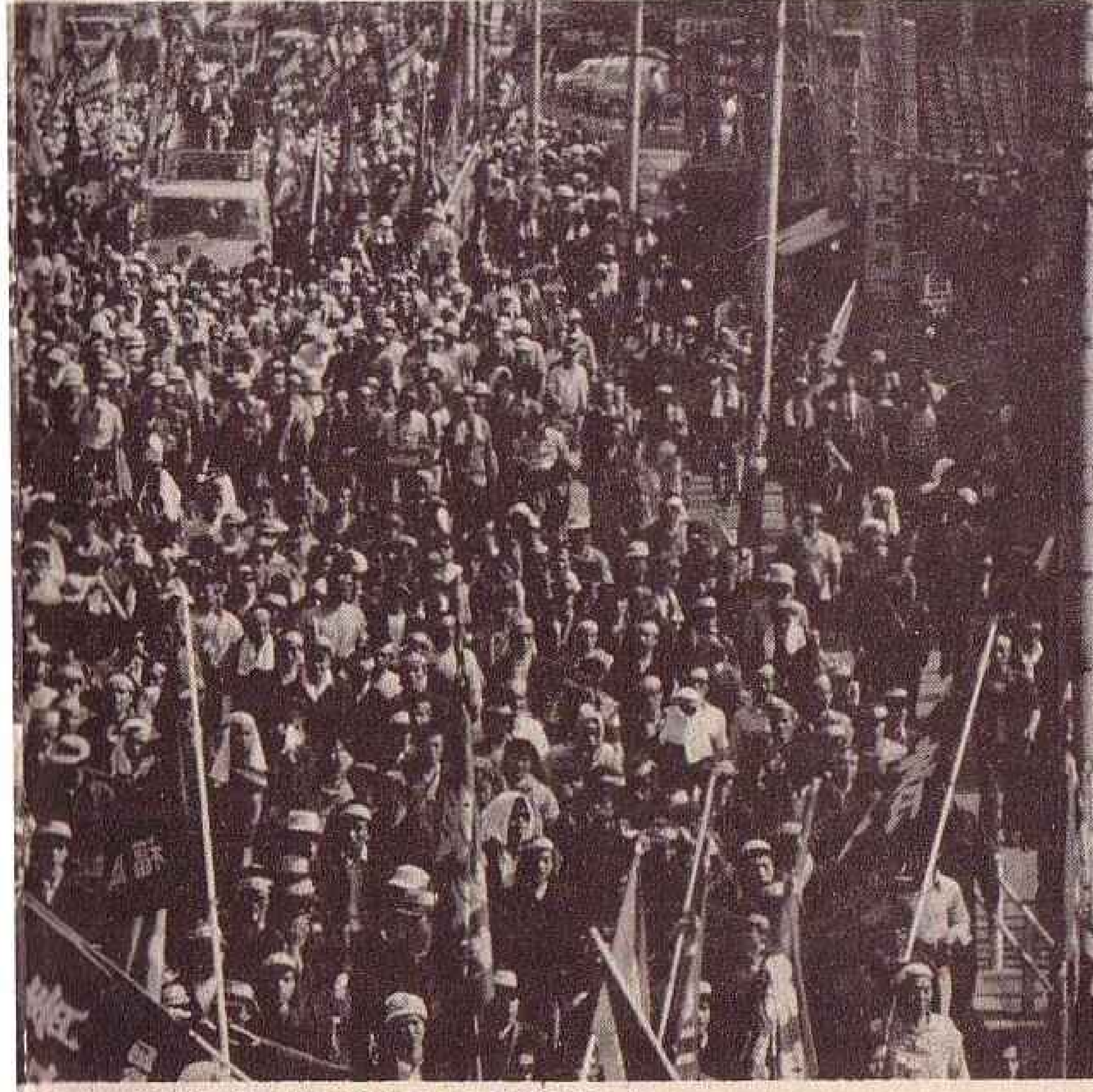
Der Landeschef der Titoclique der Wojwodina kündigt heuchlerisch ein „revolutionäres Vorgehen an, da ein solcher Reichtum in der

...ie der westdeutsche, so wird ... der japanische Imperialis... von den sowjetischen Zaren ...orben, ein Bündnis gegen VR China mit einzugehen. Kremlzaren sind dabei zur ...irklichung ihrer aggressiven ...e gegen die Volksrepublik ...a bereit, japanisches Kapi... strickt, daß er nicht voll in dieses Geschäft der Aggression gegen China einsteigen kann (China und Japan befanden sich bis vor kurzem noch im Kriegszustand). So mußte nach dem Sturz der Sato-Regierung die Regierung Tanaka die vollen diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China aufnehmen.

...e vor Revanchepläne

...nische Imperialismus auf Blutspur der US-Army und ...r Söldner in Indochina und ...nesion vor. Auch in Süd...a versucht er weiterhin, auf dem asiatischen Festland festzubeißen. Aber wie der japanische Genosse zeigte, gilt auch für den japanischen Imperialismus und Militarismus, daß seine Tage gezählt sind:

...nz ist Revolution - auch in Japan !




...eren gegen Ausbeutung und Militarismus



Hört die revolutionären Sender !



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter
23.oo - 23.3o	41 und 5o Meter 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.oo - 19.3o 21.oo - 22.oo	Immer: 43.7, 42.8 und 26.2 Meter

klassenlosen Gesellschaft nicht auf legale Weise erworben werden" könne. Das ist eben die revisionistische Lüge: „Klassenlose Gesellschaft". Im Sozialismus gibt es noch Klassen, wobei die Arbeiterklasse die herrschende Klasse ist. Die herrschende Klasse in Jugoslawien versucht jedoch, mit dem Gerede von der „klassenlosen sozialistischen Gesellschaft" davon abzulenken, daß in Jugoslawien nicht die Arbeiter, sondern sie, die 170 Milliardäre und ihre Handlanger herrschen.

Selbstmorde in Ungarn

In seinem Buch stellt der ungarische Schriftsteller Mihaly Gergelys fest, daß jährlich etwa 3000 Menschen in Ungarn Selbstmord begehen. In einem Zeitraum von drei Jahren haben 30 von 10 000 Menschen Selbstmord im angeblich „sozialistischen Ungarn" begangen, während im gleichen Zeitraum in Österreich sich 28,3 und in Japan 24,7 das Leben nahmen.

Antichinesische Hetze in der SU

Laufend werden die einsatzbereiten sowjetischen Divisionen an der Nordgrenze Chinas erhöht. Inzwischen stehen dort jetzt 49 Divisionen bereit, Aggressionen gegen das rote China zu beginnen. Gleichzeitig wird die Hetze im Innern weitergetrieben. So wird z. B. seit Juni durch die Presseagentur Nowosti in Moskau eine Broschüre vertrieben mit dem Titel: „Worüber man in Peking nicht spricht". Mit 137 erlogenen und verfälschten Zitaten, die angeblich von Mao Tse-tung stammen, versuchen die Kremlzaren der immer stärkeren Verbreitung der Mao-Tse-tung-Ideen in der Sowjetunion entgegenzuwirken.

KAMPF DEM REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZ !

Immer mehr Menschen reißt der westdeutsche Imperialismus aus ihren Heimatländern. Um Arbeit und Brot zu finden, müssen sie in die imperialistischen Zentren auswandern. In ihren Heimatländern wären sie zu Hunger und Elend verurteilt. Keine Arbeit gibt es in ihren Ländern, weil die Imperialisten die Reichtümer dieser Länder rauben und die Produktion versklaven. Armut gibt es in diesen Ländern, die Armut der für imperialistische Extraprofite doppelt und dreifach ausgepreßten Menschen. Hunger, Not und Elend, das verbreiten die imperialistischen Blutsauger über den ganzen Erdball. Gegen dieses Joch wächst der Kampf der Völker immer mehr an. Dem US-Imperialismus dem sowjetischen Sozialimperialismus und dem aufstrebenden westdeutschen Imperialismus werden von allen Seiten schwere Schläge versetzt.

NIEDER MIT DEM US-IMPERIALISMUS, DEM HAUPTFEIND DER VÖLKER!
NIEDER MIT DEM SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!
NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

Gegen diese ständig anschwellende Kampfflut der Völker wissen sich die Imperialisten nur mit Terror und brutaler Unterdrückung zu wehren

Überall, ob in Spanien, Portugal, Griechenland, Persien oder der Türkei, setzen sie ihre faschistischen Henkerregime ein.

Doch die Tage ihrer Herrschaft sind gezählt! Die Völker schließen sich zusammen; ihre geballte Kraft wird dem Imperialismus ein blutiges Ende bereiten!

TOD DEM FASCHISMUS IN SPANIEN, GRIECHENLAND, PERSIEN UND DER TÜRKEI!

Hier, in den imperialistischen Metropolen, bei uns mitten in Westdeutschland, wird die Versklavung der Völker fortgesetzt. Wie Tiere werden die Ausländer behandelt. Sie müssen zu Tausenden in Baracken hausen, sie müssen für Hungerlöhne arbeiten. Bei Überstunden und Akkordhetze müssen zuallererst die Ausländer herhalten.

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT, FÜR AUSLÄNDER UND DEUTSCHE!

SOFORTIGE VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR AUSLÄNDISCHE ARBEITER!

Auch die faschistische Unterdrückung wird hier fortgesetzt. Man gibt Ausländern keine Arbeitspapiere und keine Aufenthaltsgenehmigung. So sind sie gezwungen, sich wie die Ratten in Löchern zu verkriechen, für ein paar lumpige Pfennige sich auf Tod und Verderben an den Kapitalisten zu verkaufen.

ARBEITSGENEHMIGUNG UND AUFENTHALTSERLAUBNIS FÜR ALLE AUSLÄNDER!

Gesetze werden für sie entworfen, die sie zu Menschen 2. Klasse stempeln, denn die westdeutschen Monopolherren brauchen rechtlose Arbeitssklaven, Menschen, derer man sich bedienen kann und die man nach Belieben wieder wegwerfen kann, Menschen, die bis auf die Knochen ausgebeutet werden können. Die Tradition der Arbeitslager des Dritten Reiches wollen die Konzerne Krupp und Thyssen, Mannesmann und Siemens, Hoechst, Bayer und wie sie alle heißen, weiterfortsetzen.

Dazu und zu nichts anderem, dient ihnen das Ausländergesetz.

NIEDER MIT DEM REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZ!

Die Menschenrechte gelten für die Imperialisten, nicht aber für das arme Volk und schon gar nicht für Ausländer. Ihnen wird jede politische Tätigkeit verboten, sie dürfen sich nicht organisieren, überall wird ihnen mit Gesetzen und mit dem Staatsanwalt gedroht. Jeder Versuch, für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für ihre Rechte zu kämpfen, soll brutal unterdrückt werden.

KAMPF DEN VERBOTSVORBEREITUNGEN GEGEN ALLE FORTSCHRITTLICHEN AUSLÄNDISCHEN UND DEUTSCHEN ORGANISATIONEN!
SCHLUSS MIT DER VERFOLGUNG AUSLÄNDISCHER PATRIOTEN UND KOMMUNISTEN!

Ohne Begründung sollen Ausländer ausgewiesen werden. Das heißt für die meisten: Die direkte Auslieferung an das Henkerbeil der faschistischen Tyrannen in ihrer Heimat.

KAMPF JEDER ABSCHIEBUNG VON FORTSCHRITTLICHEN AUSLÄNDERN!

Doch diese verschärfte Unterdrückung, Ausbeutung,

Das Ausländergesetz ist ein Ausdruck der Reaktion auf

8. Oktober: STERNMARSCH NACH DORTMUND

Gemeinsamer Aufruf der PCE/ML, der PCd'I/ML u. der KPD/ML

Die Ausländergesetze bedeuten verschärften Terror der westdeutschen Monopolbourgeoisie gegen alle Ausländer und gegen die gesamte Arbeiterklasse.

Wir deutschen, italienischen und spanischen Kommunisten kennen den Faschismus aus eigener Erfahrung, aus eigenem Erleben. Gemeinsam haben die spanischen, italienischen und deutschen Patrioten gegen das faschistische Schreckgespenst gekämpft. Sie haben es nicht verhindern können, daß der Faschismus vorübergehend in diesen Ländern sein Schreckensregime entfaltet hat und in Spanien noch immer ausübt. In Italien und Deutschland ist zwar das faschistische Mussolini- und Hitlerregime unter den Schlägen des Befreiungskampfes der Völker zusammengebrochen. Der Faschismus, der seinen Ursprung im Imperialismus hat, ist jedoch in Westdeutschland und Italien nicht mit der Wurzel ausgerottet worden. Noch immer halten Fiat, Krupp und Thyssen, der Vatikan usw. das Zepter der bürgerlichen Gewaltherrschaft in der Hand, verschärfen sie allerorts die Faschisierung. Sie reagieren mit immer stärkerer Unterdrückung auf die stetig wachsende revolutionäre Kraft der Völker, die immer unbezwingbarere Gewalt annimmt. In der Aufrechterhaltung des mit Hilfe Hitlers und Mussolinis an die Macht gekommenen und von den US-Yankees an der Macht gehaltenen Faschismus sehen die Imperialisten aller Länder ihre letzte Chance, das spanische Volk weiter zu versklaven. Mit der Wiederaufrichtung des Faschismus in Italien und Deutschland versuchen die Monopolherren ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Den Faschismus wieder vorzubereiten, dazu wird heute ein Gesetz nach dem anderen erlassen. Das Ausländergesetz ist ein Teil davon. Es ist ein Gesetz, das vom Geist der deutschen Herrenmenschen des Dritten Reiches geschrieben worden ist. Es ist ein Gesetz, das der Unterdrückung und Entrechtung der Ausländer freien Lauf gibt. Ausländer werden durch dieses Gesetz zum Freiwild der deutschen Monopolherren herabgewürdigt. Wenn sie nicht alles mit sich gefallen lassen, werden sie an das faschistische Henkerbeil ihrer Heimat ausgeliefert.

Darum, deutsche Arbeiter, ausländische Arbeiter, Patrioten und fortschrittliche Menschen, schließt euch zusammen, wehrt euch, euer Tritt, eure Faust zerschlägt die Gesetze der Bourgeoisie. Auf nach Dortmund zum Sternmarsch gegen die Ausländergesetze. Hier wird sich zeigen, daß das alte Kampfbündnis der spanischen, italienischen und deutschen Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Parteien sich wieder erneuert und festigt. Die Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes sind nicht tot, ob sie nun gefallen oder dem faschistischen Terror entkommen sind. Ihr revolutionärer Geist lebt fort in den Marxisten-Leninisten aller Länder. Dieser revolutionäre Geist lebt fort, unbezwingbar für die Bourgeoisie und trotz ihrer Agenten, der Revisionisten aller Schattierungen.

Es ist der Geist jener Männer, die aus allen Ländern der Welt herbeiströmten und mit der Waffe in der Hand dem Faschismus an die Gurgel gegangen sind. Ihr Kampf war der unversöhnliche Klassenkampf, der Kampf auf Leben und Tod gegen den Imperialismus und seine faschistischen Statthalter.

Diesen Kampf fortzusetzen ist die heilige Pflicht der Söhne dieser antifaschistischen Kämpfer, der deutschen, spanischen und italienischen Kommunisten und ihrer Parteien, der KPD/ML, der PCE/ML und der PCI/ML. In den Reihen der Kämpfer der Interbrigaden, da gab es keinen Platz für Klassenharmonie, für Pazifismus. Für die Theorie des Verrats der Longo, Bachmann, Carillo gibt es keinen Platz in den Reihen der entschlossenen Klassenkämpfer. Diese Dienstboten der Monopole, diese Lakaien der sowjetischen Sozialimperialisten werden von den kämpfenden Völkern erkannt und mitsamt ihren Herren zum Teufel gejagt.

Der Kampf des spanischen, italienischen und deutschen Volkes, die Kampfbrüderschaft der PCE/ML, der PCI/ML und der KPD/ML können weder durch das Ausländergesetz, noch durch immer schärfere Faschisierung in Italien und auch nicht durch den Terror der Yankee-Francoisten gebrochen werden. Weder die bis an die Zähne bewaffneten Imperialisten, mit dem USA-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus an der Spitze, noch die revisionistischen Arbeiterverräter werden uns von unserem Weg der Zerschlagung des Imperialismus, vom langen Marsch zum Sozialismus, Kommunismus abbringen. Hand in Hand schreiten wir auf dem opferreichen Pfad der Zerschlagung des Imperialismus und der faschistischen Despotie vorwärts. Voran geht es auf der Straße des Sieges. Vorwärts heißt der Weg zum Sozialismus. Kampf für die Diktatur des Proletariats heißt es für uns alle. In Spanien wächst aus der Zerschlagung des Faschismus die föderative Volksrepublik Spanien. Auch in Deutschland wird die Arbeiterklasse in der Sozialistischen Räterepublik die Macht selbst in die Hand nehmen und wird ein vereintes und unabhängiges, sozialistisches Deutschland schaffen. So wie auch die italienischen Klassenbrüder dem drohenden Faschismus trotzen werden und ihren eigenen proletarischen Staat errichten.

VORWÄRTS MIT DER ROTEN FAHNE VON MARX, ENGELS, LENIN, STALIN, MAO TSETUNG UND ENVER HOXHA!

ES LEBE DIE PCE/ML, DIE PCd'I/ML UND DIE KPD/ML!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

Deutschlandkomitee der PCd'I/ML
Deutschlandkomitee der PCE/ML
ZK der KPD/ML

Knechtung und Knebelung der Ausländer ist nur ein Teil der verschärften Faschisierung des westdeutschen Staatsapparates. Deshalb ist das Ausländergesetz nicht allein eine Sache der Ausländer.

der ganzen Linie!

Das Ausländergesetz ist ein faschistisches Machwerk. Es wendet sich gegen die gesamte Arbeiterklasse, gegen alle fortschrittlichen Menschen.

DEUTSCHE ARBEITER, AUSLÄNDISCHE ARBEITER - EINE KAMPFFRONT!

ARBEITEREINHEIT BRICHT DIE REAKTION!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER HEUTIGEN WELT IST REVOLUTION!

Gemeinsames Kommunique der PCE/ML und der KPD/ML

Delegierte der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (PCE/ML) und der KPD/ML hatten vor kurzem einen brüderlichen Austausch von Informationen und Erfahrungen der nationalen Probleme beider Länder, über den Kampf und die Fortschritte beider Bruderparteien und einige Aspekte der internationalen Situation. Beide Seiten haben ihre Einheit erneut bekräftigt auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und dem Kampf gegen den Imperialismus mit dem USA-Imperialismus an der Spitze, gegen den modernen Revisionismus mit der sowjetischen sozialimperialistischen Clique als Zentrum, und gegen alle Reaktionäre.

Unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen, unter denen jede der beiden Bruderparteien kämpft, halten es beide Seiten für notwendig, in der gegenwärtigen Zeit den Kampf zu verstärken, zur Verteidigung, Verbreitung und Anwendung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus gegen alle Verwirrung stiftenden liquidatorischen und fraktionistischen Strömungen, sowie gegen die vergeblichen Versuche, das Unvereinbare zu versöhnen: den Marxismus-Leninismus mit dem Revisionismus.

Bei diesem Kampf dürfen sowohl im nationalen wie auch internationalen Maßstab keine Zugeständnisse gemacht werden unter dem Vorwand von Meinungsverschiedenheiten verschiedener revisionistischer Cliquen.

Beide Seiten bekräftigen ihren Wunsch, ihre Beziehungen, ihre Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung, noch mehr zu verstärken. Beide Seiten proklamieren noch einmal ihre kämpferische Solidarität mit den Bruderparteien und den für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völkern, besonders dem heldenhaften vietnamesischen Volk. Beide Seiten sprechen ihre Entschlossenheit aus, den Kampf gegen den Revisionismus in allen Formen und Schattierungen, die er einnimmt, ohne jeden Kompromiß bis zum Ende zu führen.

ZK der PCE/ML
ZK der KPD/ML

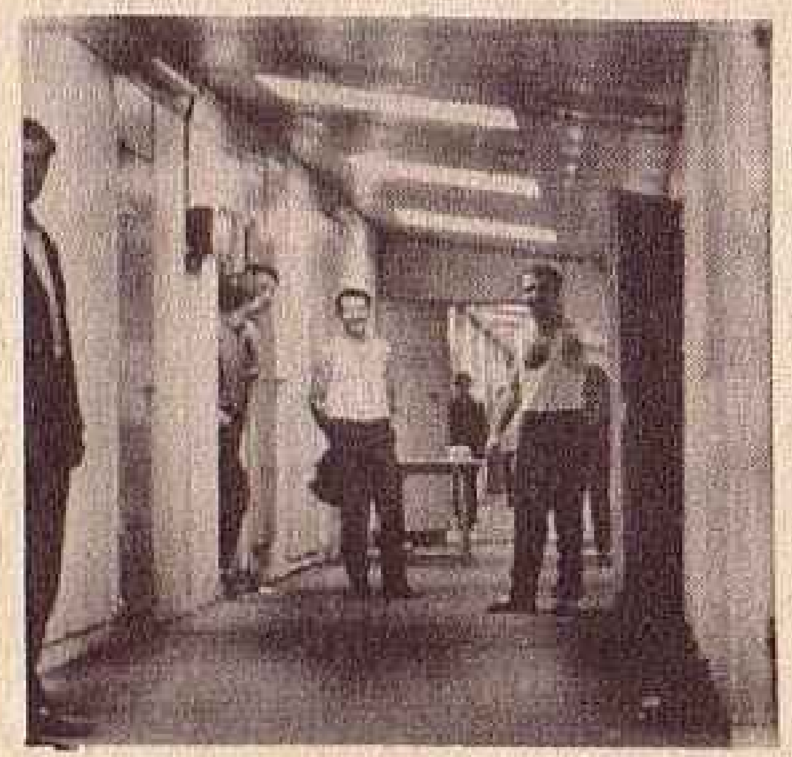
SACHS AG steckt Ausländer in Elendshütten!

Schweinfurt — Auf der letzten Betriebsversammlung bei Sachs wollte der Betriebsratsvorsitzende Ley der Belegschaft verkleckern, daß die Sachs-Bosse doch sozial eingestellt seien. Er wußte zu berichten, daß im letzten Jahr von der Firma vier oder fünf Häuser gebaut wurden. Vier oder fünf Häuser für 10.000 Beschäftigte! Und dabei ist gerade in Schweinfurt der Mietraum knapp und teuer. Aber den Sachskapitalisten — wie z. B. dem Playboy Gunther Sachs — sind nicht nur die deutschen Arbeiter schnuppe. Viel schlimmer treiben sie's noch mit den ausländischen Kollegen. Diese werden nicht nur durch lange Anlernzeit (Stundenlohn 4,20 DM), niedrige Löhne und kurze Arbeitsverträge täglich beschissen und ausgebeutet. Nein. Auch mit der Unterkunft macht die Sachs AG noch Profite.

Über 300 ausländische Kollegen leben zusammengepfercht wie die Heringe in fünf (großzügigerweise!) erstellten Baracken. **Jeweils sechs Mann leben zusammengepfercht in einem Verschlag, der ungefähr 6 mal 4 Meter mißt. Die Spinde und Betten nehmen soviel Platz weg, daß kein Tisch mehr Platz hat und Koffer und Gepäck bis an die Decke gestapelt werden müssen.**

Zu zahlen hat man dafür 53 Mark pro Nase. Die Sachs AG holt damit jeden Monat Tausende Gewinn rein.

Für unsere Kollegen aus Grie- vor. Dann schnell zum Waschen. **Doch — 30 Mann drängen sich um sechs ausgediente gußeiserne Waschbecken. Es existiert nur eine Dusche.** Der zweite Höhepunkt folgt in der „Küche". **Sie hat Miniformat. So an die 2,50 mal 3 Meter! 3 Kochplatten für die ganze Mannschaft.** Da geht mancher hungrig zur Arbeit, unausgeschlafen und unrasiert. Rein in die Knochenmühle der Sachs AG . . .



Es ist kein Wunder, daß in Bonn jetzt die verschärften Ausländergesetze durchgepeitscht werden, daß an die Verfolgung und massenhafte Ausweisung „radikaler Ausländer" und das Vebot ihrer Organisationen gegangen wird. Die ausländischen Kollegen lassen es sich keinen Tag mehr länger bieten, als Menschen zweiter Klasse und reine Arbeitstiere ausgebeutet und versklavt zu werden. Auch die Solidarität der deutschen Kollegen wächst, denn sie wissen, daß jeder Angriff auf

AMI GO HOME!

Am Sonntag, dem 18. 9., hielten die US-Besatzer in Westberlin eine Luftwaffenschau ab. Mit Würstchenbuden und Bombern, mit „Freifahrt" von Kindern auf Ami-Panzern, mit Blaskapellen und Popmusikern sollte wieder einmal die Macht und „Größe" des US-Imperialismus der Westberliner Bevölkerung bewiesen werden. Aber wie schon bei der alliierten Truppenparade in diesem Frühjahr, so zeigten auch jetzt mehrere hundert Westberliner, was sie von der blutbeschmierten US-Army halten: mit Fahnen der Nationalen Befreiungsfront Vietnams, mit Sprechchören wie: AMI GO HOME! und AUSLÄNDISCHE TRUPPEN RAUS AUS DEUTSCHLAND!

Zu dieser Aktion hatten die KPD/ML und ihre Jugendorganisation ROTE GARDE sowie die Gruppe „Rote Fahne" (Bochum) und andere Organisationen aufgerufen. Wer sich mit dem Kampf des heldenhaften vietnamesischen Volkes solidarisiert, wer den Völkermördern entgegentreten will, der muß auch im eigenen Land dem USA-Imperialismus Schlag auf Schlag versetzen. Er wird dabei auch auf die Komplizen des USA-Imperialismus treffen: den westdeutschen Imperialismus und seine Büttel. Und das geschah in der Aktion:

Gemäß seiner Besatzerherrlichkeit verbot der US-Stadtkommandant **WM. W. Cobb** „das Verteilen irgendwelcher Drucksachen ohne (seine) Genehmigung". Kaum flatterten dann die Flugblätter durch die Luft, und kaum streckten sich den US-Militärs Hunderte FNL-Fahnen (Fahnen der südvietnamesischen Befreiungsfront) entgegen, da kam auch schon die Schlägertruppe der US-Besatzer, die MP-Militärpolizei. Und mit ihr kam natürlich Neubauers Knüppelgarde. Jeder konnte sehen, wie diese Feinde des Volkes Hand in Hand vorgehen.

Ein Heer von Popo's (Politische Polizei — in Zivil) und 8-Groschen-Jungen war eingesetzt. Die Popo's versuchten, einzelne Demonstranten herauszugreifen. Sie wurden von Genossen dabei fotografiert, weil man diese Masken nicht vergessen darf, und schon rannten die Popo's auf und davon. Ein Schläger der Besatzertruppe ging sogar so weit, daß er die Pistole zog, um so gegen Demonstranten vorzugehen.

Sicher, für den Weltpolizisten US-Army ist heute überall in der Welt Vietnam. Auch in Westberlin greift er zur Waffe. Wenn die westdeutsche und Westberliner Arbeiterklasse den US-Dollar und seine Leibwächter aus dem Lande jagen wird, dann wird der Weltpolizist US-Army die Pistole auch abdrükken. Heute in Vietnam, morgen in Westberlin. Darum heute: kämpferische Solidarität mit dem vietnamesischen Volk und allen vom USA-Imperialismus unterdrückten Völkern! Kampf den Komplizen USA-Imperialismus und BRD-Imperialismus! Ami go home!

Vorbild Albanien

Liebe Genossen!

Als ich den letzten ROTEN MORGEN (Nr. 18) mit dem Bericht aus Albanien las, erinnerte ich mich sofort wieder an die Tage, die ich in diesem Sommer als Sympathisant unserer Partei selbst in Albanien miterleben konnte. Eine Erfahrung, von der auch im Bericht im ROTEN MORGEN die Rede ist, möchte ich zählte uns z. B., daß er sich während seiner 3jährigen Kandidatenzeit im ganzen Land an den schwierigsten Bauvorhaben bewähren mußte. Man merkte sofort, daß er kein „Fremdkörper" unter seinen Arbeitskollegen war, sondern einer von ihnen.

Auch wir müssen diese Erfahrung noch besser zum Leitprin- **dem vom 2. Parteitag gewiesenen Weg!**

Übrigens:

Beim Verkauf des ROTEN MORGEN sagte mir neulich ein Kollege, er würde zwar sonst die UZ (Blatt der D"K"P) lesen, aber er wollte jetzt auch mal sehen, was wir so schreiben. Dabei wurde mir klar, wie wichtig es ist, daß **jede Ausgabe** unseres

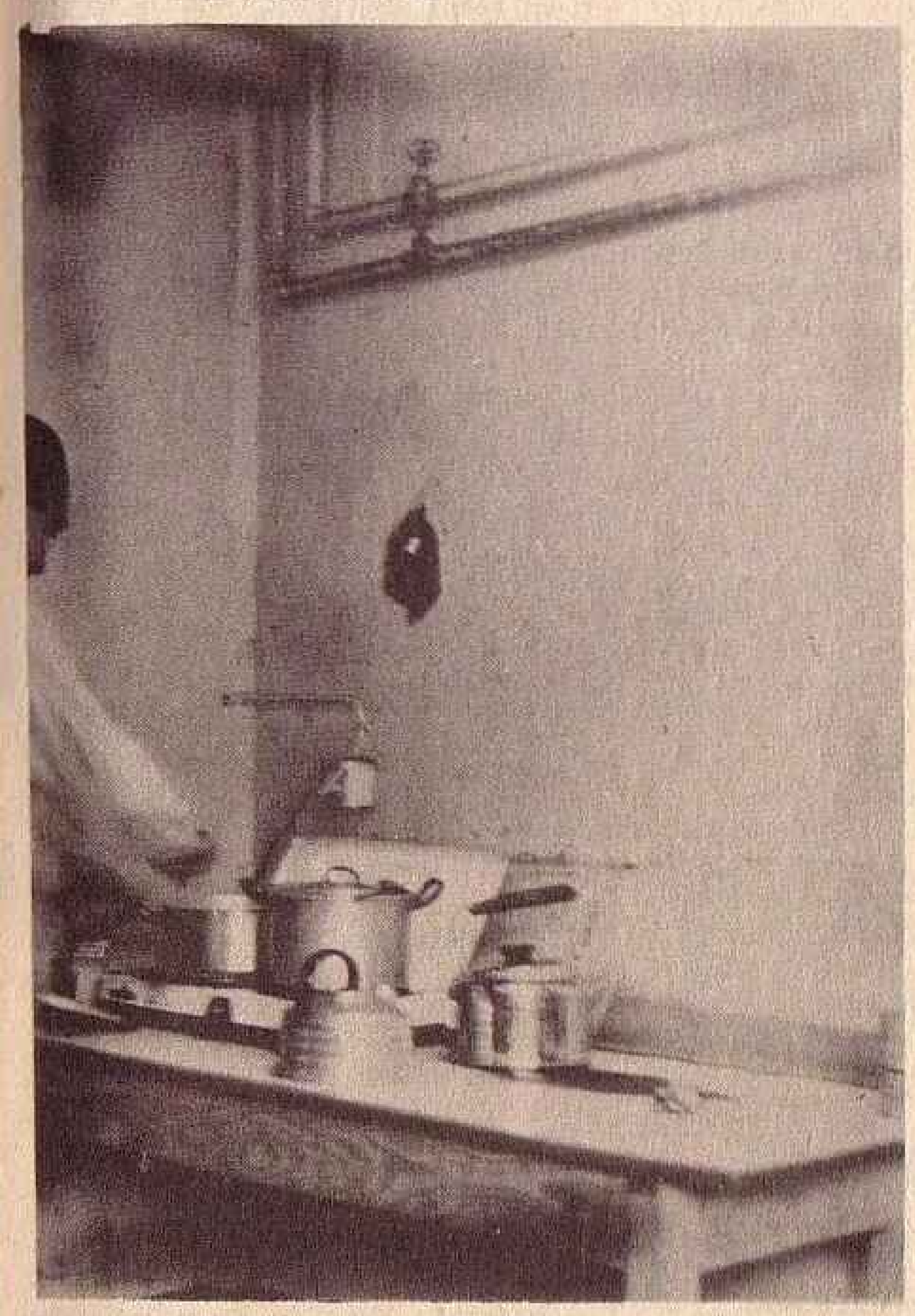
chenland, der Türkei, Spanien, Italien und Jugoslawien sieht das so aus: Mitten in der Nacht werden sie von den hereinkommenden Kollegen der Nachtschicht geweckt (in den meisten Buden liegen nämlich Arbeiter zusammen, die unterschiedliche Schichten haben). Einen Wekker braucht man in den Baracken nicht. Kurz vor 5 Uhr fahren auf dem Betriebsparkplatz — genau vor den Baracken — die ersten Autos

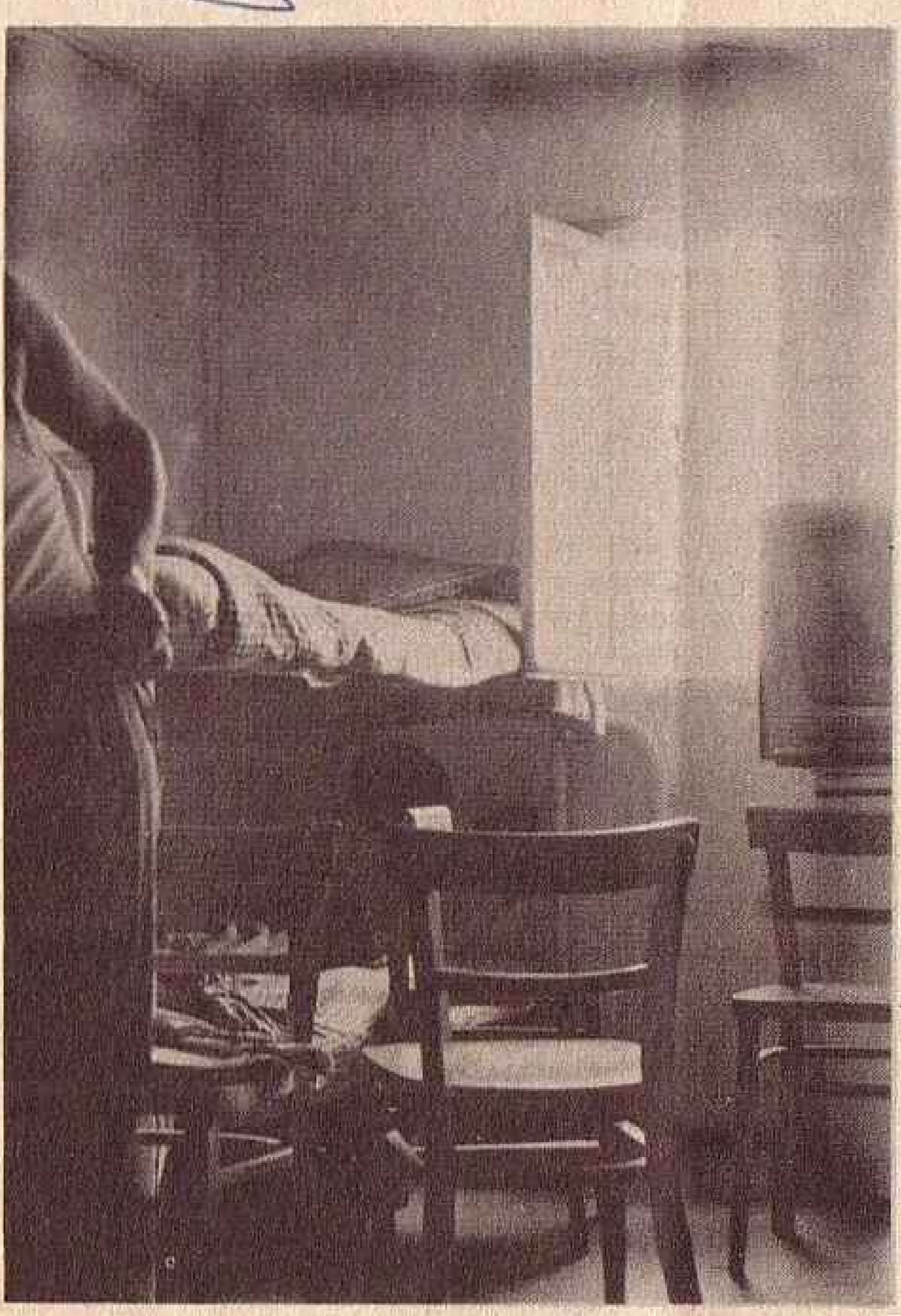
die ausländischen Kollegen auch ein Angriff auf die deutschen Arbeiter ist, daß der Kampf der ausländischen Arbeiter die Kampffront der deutschen Arbeiterklasse entscheidend verstärkt: gegen den gemeinsamen Klassenfeind!

Wir rufen alle ausländischen und deutschen Kollegen auf: Kommt zur großen Kampfdemonstration gegen das reaktionäre Ausländergesetz am 8. Oktober in Dortmund!

KAMPF DEM REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZ!

AUSLÄNDISCHE ARBEITER, DEUTSCHE ARBEITER EINE KAMPFFRONT!





In solchen Baracken werden unsere ausländischen Kollegen bei Sachs in Schweinfurt zusammengepfercht!

noch mal besonders unterstreichen: **Die Verbundenheit der Parteimitglieder mit dem gesamten Volk ist sozusagen das A und O für das erfolgreiche Vorwärtsschreiten der sozialistischen Revolution.** Die albanischen Genossen leben und arbeiten wie alle Werktätigen in ihrem Land, sie übernehmen sogar noch zusätzliche Aufgaben in der Produktion und anderswo und bleiben damit als Parteimitglieder geachtet und anerkannt. Ein Genosse erzip für unser Handeln machen. Jeder Kommunist muß mit allen anderen Werktätigen durch dick und dünn gehen. Wir müssen ein offenes Ohr haben für die 1.000 Sorgen und Nöte und müssen untersuchen, wieweit sie den Haß gegen den Kapitalismus und den Drang zum Sozialismus ausdrükken. Also: Schluß mit den Überresten des Sektierertums! Entschlossenes Eingreifen an den Hauptfronten des spontanen Klassenkampfes! Vorwärts auf

Zentralorgans erstklassig sein muß, daß sie u. a. dazu dient, vom Revisionismus beeinflußte Menschen zum Kommunismus zu führen. Ich kann sagen daß ich den ROTEN MORGEN mit Zuversicht verkauft habe. Seit dem außerordentlichen Parteitag und besonders auch in den letzten Monaten hat sich unser Zentralorgan ständig verbessert. Weiter so!

Ein Sympathisant
von der Wasserkante

Von Markuse zu Kautsky: Der Weg der 'KPD'/AO

Der Kampf für die Einheit aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML macht gegenwärtig große Fortschritte. Unsere Partei wird weiterhin bei den Widersprüchen zu Organisationen, die sich marxistisch-leninistisch nennen, klar unterscheiden, ob die bestehenden Differenzen prinzipiell sind oder nicht. Grundlegende Widersprüche dürfen nicht verkleistert werden und solange sie existieren, kann es keinerlei Einheit geben.

'Zukünftige Berufstätigkeit von Studenten' - Arbeiterführer ?' '

Für die Gründung der jungen marxistisch-leninistischen Parteien in aller Welt und ihren weiteren Aufbau gilt:

'Der Kampf Auge um Auge, Zahn um Zahn, die Isolierung und schonungslose Enthüllung der revisionistischen Cliquen sind der einzige Weg, um die modernen Revisionisten zu zerschlagen und den Sieg des Marxismus-Leninismus zu sichern. Dieser Weg ist auch der Weg, um neue marxistisch-leninistische Parteien zu gründen und zu festigen, welche der wahren Ideologie der Arbeiterklasse und dem proletarischen Internationalismus ergeben sind. Er ist auch der einzige Weg, welcher zum Sieg über die Konterrevolution führt.' (aus: 'Am Vorabend der revisionistischen Posse in Moskau', Tirana)

Auch die KPD/ML ist auf ser Grundlage aufgebaut worder

Die heutigen Führer der A ben in ihrer 'vorläufigen Plattform' (1970) zur Gründung der KPD/AO folgendes dagegen offenbart:

'Unsere Absicht: Die Gruppe von Genossen, die sich nach einer Reihe von gründlichen Diskussionen, die unter dem Aspekt der 'ideologischen Vereinheitlichung' in den ihrer Vernichtung aus)' (VPI, Seite 8). Also ganz offen: Es geht nicht darum, 'vom Volk zu lernen, um ihm zu dienen', wie die AO-Häuptlinge gleichzeitig behaupten. Es geht darum, einen Posten in der Produktion einnehmen zu können (Diktatur des Proletariats geht vom entwickelten Stand der Produktivkräfte aus') - und nicht gerade den untersten. Genau das gleiche empfiehlt nicht nur die AO den Studenten, sondern so mancher Kapitalist seinem Sohn: 'Von der Pike auf lernen', wie es da schlichter und klarer heißt (denn er soll ja die späteren 'lieben Mitarbeiter' auch mal kennen lernen).

Aber die AO-Studenten sollen nicht nur im Betrieb und in 'Überbauberufen' (VPI) das Kommando führen lernen. Sie sollen auch als 'Arbeiterführer' sich qualifizieren lernen - nur, wohin wollen sie die Arbeiter 'führen'?

Natürlich muß die AO diesen unverhohlenen Führungsanspruch der Intellektuellen etwas verkleistern. 'Ihr höchstes Ziel (der studentischen Arbeiterkader - siehe Seite 8) muß die Umwandlung der von Studenten und Intellektuellen geführten Organisation in eine proletarische Organisation sein.' Wie ernst das gemeint ist, erkennt man am nächsten Satz: 'Dabei dürfen sie nicht dem Opportunismus anheimfallen,

da der KPD/ML das Mißtrauen und die Ablehnung gegenüber dem modernen Revisionismus in der jungen revolutionären Bewegung schon stark verbreitet ist? Dann muß man als AO-Häuptling eben nach dem Motto 'Haltet den Dieb!' verfahren.

So warf die AO der KPD/ML selbst Revisionismus vor, um unter der Hand ihr Werk der 'Versöhnung' von Marxismus-Leninismus anzugehen. Beispiele gibt es genügend: Die Parole der KPD/ML 'Nieder mit Ulbricht und Brandt, alle Macht in Arbeiterhand' nennt die AO antikommunistisch. Als antikommunistisch kann man diese Losung wohl nur verstehen, wenn man den Arbeiterverräter Ulbricht als Kommunisten propagieren will. Genauso hielt die AO offensichtlich die SED-Westberlin noch 1971 für eine kommunistische Partei und die Berliner Mauer für eine sozialistische Errungenschaft: 'Wir wissen, daß seit 1946 und besonders seit Errichtung der Mauer die damalige SED-Westberlin entschlossen an der Sache des Sozialismus festhielt.' (RPK, Nr.100, Seite 5) Auch über den Charakter der heutigen Sowjetunion und der anderen revisionistischen Länder verbreitet die AO ständig gefährliche Illusionen und bezeichnet sie noch als sozialistische Länder. 'Von hierher (Führungsspitze der KPdSU) werden gegenwärtig die Komplotte sowohl gegen die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern als auch gegen die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern organisiert.' (RPK 102, Seite 3)

Den revisionistischen Betrug vom sogenannten friedlichen Übergang hält die AO für einen Schönheitsfehler. Sie unterstellt den modernen Revisionisten, daß sie den Sozialismus anstreben, nur mit den falschen Mitteln. 'Der materialistische Hintergrund für das Entstehen dieser 'Theorien' liegt letztlich in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auf deutschem Boden und der Hoffnung der SED, dem Sozialismus in friedlicher Systemkonkurrenz zum Siege zu verhelfen.' (RPK 29)

Diese Versuche der Versöhnung von modernem Revisionismus und Marxismus-Leninismus hat die 'KPD' nie aufgegeben, nur tarnt sie diese Versuche heute geschickter und greift immer offener auf die trotzkistische Methode zurück, die korrekte Linie der marxistisch-leninistischen Parteien in aller Welt als 'revisionistisch' zu bezeichnen und mit 'linken' Phrasen ihren himmelschreienden Opportunismus zu bemänteln. Das ist die gegenwärtige Haupttaktik der 'KPD'-AO.

Diese Taktik ist aus der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung zur Genüge bekannt. Die Intellektuellen-Gruppe um Trotzki schoß auch immer wieder mit 'linken' Argumenten gegen Lenin und Stalin. Die Trotzki's waren auch die besten Busenfreunde der Zentristen vom Schlage Kautsky's (gegen die Zentristen aber hat Lenin besonders das Feuer eröffnet, denn mit ihren Versuchen, sich als das 'vereinigende Zentrum' zwischen Bolschewiki und Menschewiki darzustellen, sollten nur die vom Menschewismus, vom Revisionismus sich lossagenden Arbeiter aufgefangen werden. Genau diese Rolle als Wasserträger der D'K'P/SEW spielt heute die 'KPD'-AO!

Genauso verhält es sich beim 'Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes', bei dem das Wort Sozialismus möglichst nicht auftauchen darf, da dies nach AO-Meinung 'sektierersich' wäre. Geht man wie die AO von einem nicht-agressiven Imperialismus aus, so ist dieser natürlich auch nicht agressiv nach innen. Geht man von der Rückständigkeit der Arbeiterklasse und der ewigen Stabilisierung des Kapitalismus aus, so kann es - nach AO - auch keine Faschisierung geben.

Die Verabschiedung eines ganzen Paketes von Notstandsgesetzen, die rapide zunehmenden Morde von Polizeikommandos, zum Beispiel an Petra Schelm, McLeod, das Massaker von Fürstenfeldbruck, 15 000 neue Polizisten, die Verlegung des Bundesgrenzschutzes von der Grenze ins Landesinnere, Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren, Aufbau einer staatlichen Scharfschützentruppe, Verbot von Demonstrationen, Verhaftungen, Durchsuchungen, Anklagen gegen Genossen der KPD/ML, Ausländergesetze, offene Verbotsforderungen gegen die marxistisch-leninistischen Organisationen - all das in diesem Jahr, in wenigen Monaten! All das ist für die AO keine Faschisierung! 'Diese Terrormaßnahmen tragen gegenwärjedoch noch keinen systematischen Charakter.' (RF 41) Meine Herren von der AO, ihr verteidigt ganz offen die Bourgeoisie!

Ein letzter Trick der 'KPD'/AO

Opportunismus, Ökonomismus, Revisionismus triefen aus jeder 'Roten Fahne' der AO. Mit einem letzten Trick versucht sich daher die 'KPD'-AO noch einmal das Mäntelchen des 'Anti-Revisionismus'

Von Kautsky geborgt: Die Theorie vom Ultra-Imperialismus'

grundlegenden politischen Fragen geführt wurden, zusammenschlies-sen, nachdem Fragen der zukünftigen Berufstätigkeit von Studenten und der langfristigen politischen Verpflichtung geklärt sind, begründet ihre politische Tätigkeit als KPD-AUFBAUORGANISATION mit dem Ziel, eine revolutionäre Partei auf nationaler Ebene zu schaffen.' (VPI, in Rote Presse-Korrespondenz, Nr. 56/57)

Eindeutig wird der Aufbau einer kommunistischen Partei aus der Berufstätigkeit einiger Studenten abgeleitet. 'Viele Genossen haben im Augenblick allen Grund, der Aufnahme einer Berufstätigkeit nicht mit großer Freude entgegenzusehen', weiß die VPI bekümmert zu berichten.

Die AO empfiehlt diesen Studenten erstmal vorläufig in die Fabriken zu gehen ('in der Fabrik...spielen sie eine vorübergehende Rolle', Seite 8), denn sie sind natürlich zu Höherem berufen: Sie wollen damit die Chance erhalten, 'sich für spezifische Aufgaben hinsichtlich der Eroberung der politischen Macht zu qualifizieren (denn die Diktatur des Proletariats geht vom entwickelten Stand der Produktivkräfte, nicht von diese Umwandlung schon dann vorzunehmen, wenn die politische Linie noch unentwickelt und nicht erprobt ist.' (VPI, Seite 8) - Also Arbeiter! Warte ab, bis die Intellektuellen meinen, daß du jetzt fähig bist, die AO zu leiten - das heißt das. Wir raten den Arbeitergenossen: Wartet keine Stunde mehr! Denn da kannst du lange warten. 1)

Die AO, die selbst zugibt, aus der Studentenbewegung hervorgegangen zu sein, sagt auch klar, daß sie ihre 'Kommunistische Partei' aus der Abgrenzung gegen die 'Studentenbewegung' geschaffen habe. Und nicht aus der Abgrenzung gegenüber dem modernen Revisionismus. Die modernen Revisionisten von D'K'P/SEW werden in der VPI noch nicht einmal erwähnt.

Die Leugnung der führenden Rolle des Proletariats im Klassenkampf ist der Punkt, an dem alle revisionistischen Schattierungen aufgedeckt werden können. Die führende Rolle der kleinbürgerlichen Intellektuellen - das ist das A und O der KPD/AO, das ist die revisionistische Plattform der KPD/AO.

Kleinbürgerlicher Größenwahn: 'KPD'/AO wird 'KPD'

Auch nach der Umbenennung in 'KPD' hat die AO die revisionistische Grundlage ihrer Gründung (Leugnung der führenden Rolle des Proletariats) nicht zurückgewiesen. Lediglich ihre ursprünglichen Aufbauabsichten wurden opportunistisch 'korrigiert': Schon 1970 war man eine Partei, man wußte es nur nicht!

Wie wurde nun aus der 'KPD'-AO die 'KPD'?

Zu den ersten Versuchen dieser Studentenorganisation, sich ein proletarisches und kommunistisches Mäntelchen umzuhängen, gehörte zunächst das 'Einüben des demokratischen Zentralismus' (siehe zum Beispiel Seite 4) Solange nur geübt wird, gibt es keinen Demokratischen Zentralismus. Und solange besteht auch keine Gefahr, daß die führenden Positionen der AO-Häuptlinge gestürzt werden können.

Gleichzeitig mußte der 'Kampf' gegen den Revisionismus begonnen werden, um das kommunistische Mäntelchen etwas glaubhafter zu machen. Hier aber zeigte sich bereits, wie weit empfänglich die AO für alle bürgerlichen Einflüsse ist. Statt unerbittlich den modernen Revisionismus zu bekämpfen, versuchte man diesen mit dem Marxismus-Leninismus zu versöhnen. Aber was tun, wenn in dieser Zeit aufgrund der jahrelangen Propaganda

Es ist eine altbekannte Methode der Revisionisten, den agressiven Charakter des Imperialismus herabzuspielen mit der Ideologie vom 'friedlichen' und 'vernünftig gewordenen' Imperialismus die Massen zu täuschen. Auch die AO sieht heute nur 'friedliche wirtschaftliche Infiltration' des BRD-Revanchismus in die revisionistischen Länder des Ostens. Daß mit dem Komplott Bonn-Moskau der westdeutsche Revanchismus immer mehr freie Hand bekommt, auch politisch die Annexion der DDR zu betreiben, wird von der AO als revisionistische Theorie der KPD/ML bekämpft.

Im Fahrwasser der D'K'P und SED wird also deren 'Friedens'-propaganda 'für die Verträge!' in die Hand gearbeitet, indem die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus geleugnet wird. Die blutige Geschichte von zwei Weltkriegen hat dem deutschen Volk gezeigt, wie schnell aus 'friedlichen Abmachungen' zwischen Imperialisten über die Verschiebung ihrer Einflußsphären blutiger Krieg entstehen kann. Im Nebensatz gibt auch die 'Rote Fahne' der AO dies gelegentlich zu, aber nur, wenn zuvor seitenlang die 'jetzige nicht-agressive Politik' des westdeutschen Imperialismus 'analysiert' wurde. Weiterhin stellt die AO fest, daß der BRD-Imperialismus Expansion und Agression nur gegen die Länder der 'sogenannten Dritten Welt' betreibe. Diese offensichtliche Tatsache, daß der Imperialismus niemals seine kolonialistische Politik aufgebe, hat auch ein Revisionist vom Schlage Kautsky's nicht leugnen können. Nur 'analysierte' ein Kautsky genau wie die AO weiter: Imperialismus heißt 'Annexion agrarischer Gebiete' (also Kolonien) Kriege zwischen den Imperialisten selbst haben aufgehört. Und weiter: Der Imperialismus sei fähig geworden, die Krisen des Kapitalismus zu überwinden'. Dem hielt Lenin gegenüber: Das Kennzeichen des Imperialismus ist eben, daß die Neuaufteilung der Welt zwischen den Imperialisten immer wieder von neuem und immer wieder mit kriegerischen Mitteln betrieben wird. Und was die angebliche Stabilität des Imperialismus angeht, so sagte Lenin: Mit dem Imperialismus ist die allgemeine Krise des Imperialismus angebrochen.

Aber die AO weiß es besser als Lenin: 'Die offene Krise des westdeutschen Monopolkapitals 1966/67 und die sich anbahnende erneute Krise dürfen uns nicht zu falschen Schlußfolgerungen über die gegenwärtige Entwicklungsetappe in der BRD verleiten.

Die Krisen sind noch nicht das offene Ausbrechen der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der BRD.'

(Fettgedruckt in: Rote Fahne 41)

Jahrelang wurde den westdeutschen Arbeitern die Ideologie vom 'ewigen Wirtschaftswunder' vorgejubelt. Die Bourgeoisie hat jahrelang die Arbeiterbewegung für tot erklärt; schließlich könne es im krisenfreien Kapitalismus keine Arbeiterbewegung geben. Die AO-Führer, die mit der Fahne 'Die Arbeiterbewegung ist tot, die Intellektuellen müssen die Führung innehaben' sich gründeten, haben folgerichtig auch die Ideologie des 'stabilen Kapitalismus' übernommen. Die AO-Häuptlinge sind durch und durch Feinde der Arbeiterklasse!

umzuwerfen. Geben sie also zu, daß die modernen Revisionisten bei uns die größten Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung sind, daß sie Agenten der BRD-Kapitalistenklasse in unseren Reihen sind? Natürlich nicht! Sie schreiben: 'Wir erkennen heute, daß die Position der programmatischen Erklärung in dieser Frage (des Revisionismus) eng und teilweise falsch ist. Wir sehen demgegenüber jetzt, daß sich die Spaltertätigkeit der auf westdeutschem und westberliner Boden operierenden deutschen Revisionisten in Gestalt der DKP/SEW-Führungscliquen aus ihrer objektiven Agententätigkeit für die Geschäfte des Sozialimperialismus herleitet.' (Rote Fahne 43). Sicher, jedes Kind sieht, daß die D'K'P auch die Interessen Moskaus und Ostberlins vertritt. Aber haben ihnen deshalb die BRD-Kapitalisten - trotz bestehenden KPD-Verbots - die Gründung als Partei nahegelegt und zugelassen? Nein, die D'K'P wurde gebraucht, weil die seit der Krise von 1967 rascher erstarkende Arbeiterbewegung durch die Verräter am Kommunismus vom Schlage Bachmann und Danelius vom revolutionären Klassenkampf abgehalten werden sollte. Darum geht es. Deshalb führen die Kommunisten hier einen erbitterten Kampf gegen das Gift der D'K'P!

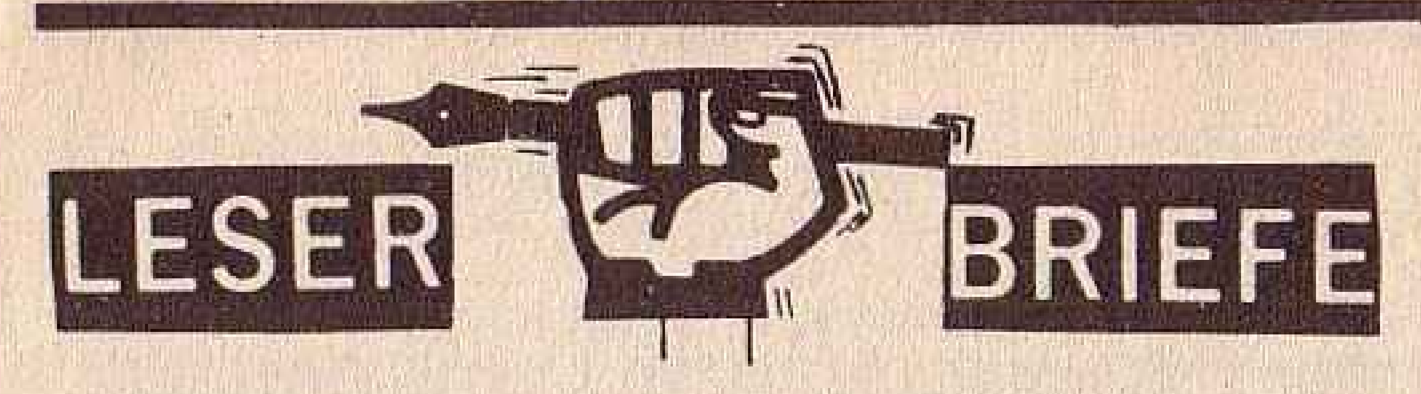
Arbeiterfeindliche Opportunisten

Arbeiterfeinde sind sie auch, wenn sie tagaus, tagein den Kampf für die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse als das A und O kommunistischer Politik verkaufen. Das heißt doch nichts anderes, als die reformistische Illusion zu erwecken, der gewerkschaftliche Kampf könne die Ausbeutung beseitigen.

Was die AO vertritt, ist die Theorie der Zirkelhäuptlinge: Die Theorie von der Rückständigkeit der Arbeiterklasse. Das ist es, was jeder D'K'P-Funktionär einem Mitglied sagt, wenn es Kampfmaßnahmen fordert: 'Die Arbeiter sind noch nicht soweit.'

---

1) Auch in die KPD/ML wurde versucht, eine solche Ideologie einzuschmuggeln. Die Liquidatoren versuchten, diese Linie der Vorherrschaft der Intellektuellen durchzusetzen, um die Partei der Arbeiterklasse zu zerstören. Gegen diese Liquidatoren wurde der Kampf geführt und sie wurden aus der KPD/ML ausgeschlossen.



Werte Genossen!

Betrifft den ROTEN MORGEN Nr. 18 vom 11. 9. 72, und zwar den Bericht auf Seite 12 über das Ermittlungsverfahren gegen Genosse Ernst Aust.

Ich frage mich, ist es nicht klüger, den Vorwurf vor der Staatsanwaltschaft durch eine andere Formulierung des Textes zu entkräften, als sich offen dem Kampf zu stellen und womöglich fünf Jahre ins Zuchthaus zu gehen und somit in einer schwierigen Zeit für alle echten Kommunisten fünf Jahre auszufallen für den ideologischen Kampf und die Führung der Arbeiterklasse?

Heißt es nicht, daß man sich vor und während der Revolution wie ein Fisch im Wasser bewegen soll? Ich bin nun wirklich im Zweifel und hoffe, Ihr könnt mir eine klare Antwort geben. Im voraus besten Dank.

Nun noch einen allgemeinen Vorschlag zur Gestaltung des ROTEN MORGEN: Wäre es nicht möglich, Begriffe wie Imperialismus, Revanchismus, Menschewismus usw. kurz und so verständlich wie Eure anderen Artikel auch zu erläutern? Das könnte in einer Rubrik geschehen, die dann fester Bestandteil des ROTEN MORGEN ist.

Mit revolutionärem Gruß

RM-Redaktion:

Zu Deinem Vorschlag, eine Spalte für Fremdwörtererklärung im ROTEN MORGEN einzurichten. Dieser Vorschlag kam schon häufiger. Wir halten dennoch folgende Regelung für besser: In jedem Artikel soll jedes Fremdwort möglichst aus dem Zusammenhang sofort zu begreifen sein. Viele Fremdworte der marxistisch-leninistischen Theorie lassen sich ja nicht „verdeutschen", und es ist notwendig, daß diese Begriffe in der Arbeiterklasse bekannt werden. Überflüssige Fremdwörter müssen natürlich noch weiter ausgemerzt werden. Eine Art Lexikon mit Fortsetzungen im ROTEN MORGEN ist unpraktisch. Besser ist, später ein Lexikon wie „Wilhelm Liebknechts Fremdwörterlexikon", das in der deutschen Arbeiterbewegung einst großen Anklang fand, herauszubringen.

Zum Ermittlungsverfahren gegen den Vorsitzenden unserer Partei, Ernst Aust, wegen „des Verdachts der Billigung eines Verbrechens" = Billigung des gewaltsamen Widerstands gegen die imperialistischen Verbrechen. „Wir Kommunisten verschmähen es, unsere Absichten zu verheimlichen", das sagte Karl Marx schon im Kommunistischen Manifest vor 124 Jahren. Es ist eine sehr gefährliche Auffassung, daß Kommunisten ihre Überzeugungen verleugnen sollen, um so auf ein „mildes Urteil" zu hoffen. Was hat denn gerade der Münchner Kommunistenprozeß im April dieses Jahres wieder bewiesen: Die angeklagten sieben Sympathisanten der KPD/ML „stellten sich offen zum Kampf" – und siegten. Am meisten Angst hat doch die bürgerliche Klassenjustiz davor, daß vor den Augen der Massen ihnen ihre Maske vom Gesicht gerissen wird. Die feige Bourgeoisie samt ihren Bütteln hat doch überall ihre gleichen Methoden: Mit Drohung einschüchtern, mit Verlokkung („mildernde Umstände") die revolutionäre Überzeugung „kaufen", und dann – wenn ein solcher schwach gewordener „Kommunist" die Achtung und damit den Schutz der Massen verloren hat – ihn einzeln und heimlich fertigmachen. Diese Methode der Kapitalistenbüttel wird nicht nur von Justiz und Polizei gegen Kommunisten, sie wird auch gegen jeden klassenkämpferischen Betriebsrat, gegen jeden kämpferischen Kollegen im Betrieb, in den Büros, in der Bundeswehr usw. angewandt. Deshalb: Sich dem Kampf stellen, den Klassenkampf mutig propagieren und so die Unterstützung der Massen gewinnen. Selbst wenn die Klassenjustiz dann „zur Abschreckung" gezwungen ist, ein Terrorurteil zu fällen: Dann werden für jeden eingekerkerten und verfolgten Genossen aus der Empörung der Massen viele neue Klassenkämpfer hervorgehen, die seinen Platz einnehmen.

Verheimlicht werden müssen nur **Informationen**, die dem Klassenfeind Aufschluß über die Parteiorganisation, über Namen von Genossen, Sympathisanten usw. geben. Und natürlich kann es Fälle geben, wo auch die revolutionäre Überzeugung verheimlicht werden muß (wie z. B. bei Genossen, die im feindlichen Apparat konspirativ [heimlich] arbeiten). Aber das sind die Ausnahmen.

Das ZB versucht zu denunzieren!

In der 'Roten Fahne' 19/72, Seite 3 wird behauptet, daß die 'Gesellschaft der Greunde Albaniens' 'personell und politisch von der KPD/ML angeleitet wird. Die KPD/ML begrüßt wohl die Existenz dieser Gesellschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, in allen Bevölkerungsschichten in Westdeutschland von den Fortschritten und dem Leben des albanischen Volkes ordentlich zu berichten. Auf diese Weise wird der üblichen Lügenpropaganda der Presse entgegengetreten und die Freundschaft zwischen dem deutschen und albanischen Volk gefördert. Wir betonen jedoch, daß diese Organisation politisch und personell-organisatorisch vollkommen unabhängig von der KPD/ML arbeitet.

Bekanntlich scheut die Bourgeoisie die Verbreitung der Wahrheit über Albanien wie die Pest und sie wird nicht zurückschrecken, unter dem Vorwand, diese demokratische Gesellschaft

Genossen!

Die bürgerliche Hetzpropaganda baut auf dem Wiedergutmachungstick und will uns weismachen, daß jeder Deutsche ein Nazi ist, der gegen Juden ist. Also muß man gegen Palästinenser sein. Von Brandt bis Strauß haben SIE alle ein schlechtes Gewissen gegenüber dem jüdischen Volk, weil sie sich mit gegen das jüdische und palästinensische Volk verbündet haben, zusammen mit den jüdischen Kapitalisten (sprich Zionisten).

Heute schon werden zunehmend in die israelischen Gefängnisse israelische Klassenkämpfer und Antifaschisten neben ihre eingekerkerten palästinensischen Brüder geworfen.

Der Staat Israel steht nach wie vor auf dem Boden Palästinas. Ist das palästinensische Land von den Golda Meirs und Moshe Dajans befreit, so werden Palästinenser und Israelis, Juden und Mohammedaner, in einer einheitlichen Volksrepublik Palästina leben, in der Araber und Juden völlig gleichberechtigt sind und jede nationale Minderheit das gleiche Recht besitzt.

An die
Redaktion des
Roter Morgen
Betrifft: Leserbrief zu RM Nr. 18

Als ich den letzten RM las, ist mir aufgefallen, daß im Artikel über die Olympiade einige Sachen nicht richtig sind.

Wer mit am Olympiagelände war, dem wird sicher auch aufgefallen sein, daß Ernst Aust nicht, wie es im RM heißt, vor "Tausenden" gesprochen hat: Es war eine Gruppe von etwa 200 Mitgliedern oder Sympathisanten der KPD/ML. Besucher des Olympiageländes blieben kurz stehen, gingen aber gleich weiter.

Auch am Sonntagmorgen sind nicht von „allen" Teilnehmern der Demonstration die Personalien festgestellt worden.

Ich bitte doch in Zukunft darauf zu achten, daß solche Fehler nicht mehr vorkommen, da man sonst auch bei anderen Artikeln im RM zweifeln muß.

Eine Angestellte aus München

RM-Redaktion:

Mehrere Kritiken dieser Art haben uns erreicht. Zur abgedruckten Kritik ist zu sagen: Im RM-Bericht heißt es: „Auf dem Oberwiesenfeld redete der Genosse Ernst Aust, umringt von Tausenden Besuchern." Richtig ist, daß Tausende Besucher die Kundgebung sahen, teilweise kurz stehen blieben, aber einzelne auch an der Kundgebung teilnahmen. Die Formulierung im RM erweckt einen anderen Eindruck.

Ebenso an der gleichen Stelle im RM Nr. 18 wird berichtet: „. . . auch hier (in Kiel) schützten Hunderttausende von Olympiabesuchern die Kundgebungen". Selbstverständlich ist gemeint, daß angesichts hunderttausend Menschen die Polizei nicht riskierte, auf die Demonstranten einzuschlagen. Nicht gemeint ist, wie uns ein Leserbrief vorwirft, daß hunderttausend Besucher gewissermaßen eine Kette um die Kundgebung bildeten.

„Jedem einzelnen" wurde auf der Kundgebung am Botanischen Garten in München nicht die Personalien abgenommen. Das hätten die Demonstranten trotz riesiger Polizeiübermacht niemals geduldet. Das wußte auch die Münchner Stadtpolizei und forderte deshalb die umzingelten Demonstranten „nur" auf, die „Waffen abzulegen". Währenddessen ging aber bereits die **Bereitschaftspolizei** gegen einzelne Demonstranten vor, durchsuchte sie, versuchte zu provozieren, nahm Persona-

sei eine 'Tarnorganisation' der KPD/ML, diese Gesellschaft verbieten zu wollen.

So werden die laufenden Verbotsdrohungen der Bourgeoisie gegen kommunistische und demokratische Organisationen durch diese Denunziations-Versuche der 'Roten Fahne' objektiv unterstützt. Wir fordern alle aufrechten Genossen bei der Gruppe 'Rote Fahne' auf, sich energisch von solchen Methoden ihrer Führer zu distanzieren!

Ferner: In derselben 'Roten Fahne' wurde eine 'Gemeinsame Erklärung' von uns und dem ZB der Gruppe 'Rote Fahne' abgedruckt. Dies ist ein Verstoß gegen Abmachungen. Diese 'Erklärung' war als ein Aufruf gedacht, der zur Bildung eines Solidaritätskomitees zur Unterstützung der gefangenen Genossen und aller anderen politisch Verfolgten führen sollte. Enstprechend wurde er auch im ROTEN MORGEN Nr. 19 Seite 12 abgedruckt. Diese Verfälschung der der 'Roten Fahne' muß als Versuch gewertet werden, das Solidaritätskomitee platzen zu lassen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß nicht nur unser Genosse Schmidt, der nach wie vor in Haft sitzt, sondern auch viele weitere Gefangene von möglichst vielen Organisationen unterstützt werden müssen. **Wir fordern entsprechend auf, sich an die Adresse des Initiativausschusses zur Schaffung eines solchen Solidaritätskomitees zu wenden!**

Adresse: 43 Essen 1, Postlagerkarte A 06 43 76

Konto: Wagner, Dorotheenstraße;
Sparkasse Essen-Rüttenscheid,
Konto-Nr. 58 92 666
Kennwort: Solidarität

Der Kampf zwischen Israel und Palästina ist ein Kampf zwischen Arm und Reich, Klassenkampf. Und warum sollen die Armen nicht zum Gewehr greifen? Müssen ihnen das die Unterdrücker verbieten? Der israelische Zionismus und der westdeutsche Imperialismus, das sind eine Meute. Seht, wieder machen Kapitalisten jüdischen Glaubens vor ihren „eigenen Leuten" nicht halt. Das war schon einmal in der Schweiz so und bei den Nazis. Golda Meir hat die Geiseln umgebracht! Es lebe die jüdische Revolution! Nieder mit dem zionistischen Rassismus! Für die Volksrepublik Israel! Für die Volksrepublik Palästina!

Rotfront!

RM-Redaktion:
Genosse, im letzten ROTEN MORGEN sind wir darauf eingegangen, wer heute hierzulande in erster Linie Terrorismus ausübt: die westdeutschen und israelischen Imperialisten! Die Wiedergutmachung an den verfolgten und gemarterten überlebenden Juden war nach 1945 eine Pflicht des deutschen Volkes. Die Imperialisten samt den Herren Adenauer und seinem Staatssekretär Globke, der wie viele andere „Freunde Israels" im Bonner Staat selbst ein Judenjäger im Nazireich gewesen war, dachten natürlich nicht an Wiedergutmachung. Sie benutzten die Steuergelder, um in erster Linie die israelischen Zionisten als Eroberungstruppe gegen die erdölreichen arabischen Länder aufzupäppeln.

Ein schlechtes Gewissen, so meinen wir, haben diese Herren von damals und ihre Nachfolger Brandt und Co. gegenüber dem jüdischen Volk nicht. Das Gewissen dieser Herren heißt: Macht und Profit des Imperialismus!

Ferner: Die bürgerliche Greuelpropaganda behauptet ja ständig, die palästinensischen Freiheitskämpfer wollten die „Israelis ins Meer werfen", sie massakrieren. In Wirklichkeit wissen die Palästinenser, daß auch in Israel eine Klassengesellschaft besteht und daß die herrschende Klasse allein ein Interesse an Eroberung und Unterdrückung der Palästinenser hat. Die Palästinenser werden sicher das ihnen geraubte Land vom israelischen Besatzer befreien. Auch die israelischen Arbeiter und Bauern erkennen zunehmend, daß ihr Feind nicht 'der Araber', sondern die eigene herrschende Klasse ist.

lien auf (widerrechtliche erkennungsdienstliche Behandlung am Ort) und begann zu verhaften. Die Häupter der Münchner Stadtpolizei und der Bereitschaftspolizei berieten kurz, was denn nun das richtige Vorgehen wäre und beschlossen, das Manöver abzublasen.

Diese Tatsachen hätten vom Berichterstatter genau dargestellt werden müssen. Was die Genauigkeit und Korrektheit der Information angeht, so können wir Kommunisten gar nicht genau genug sein. Die Tatsachen stehen auf unserer Seite, auf der Seite der Revolution. Wir brauchen im Unterschied zur bürgerlichen Presse die Tatsachen nicht zu entstellen.

Manche Genossen und Freunde meinen, hinter einer solchen Darstellungsweise im ROTEN MORGEN ständen große ideologische Fehler. Man solle doch besser nicht „schönfärben", sondern „objektiv" berichten. Man solle besser schreiben, daß Passanten gerufen hätten: „Ins KZ mit euch, wir brauchen den Hitler wieder" usw. Diese Art der Berichterstattung müssen wir ablehnen, sie ist nicht „objektiv", wie einige Leser meinen. Objektiv geht heute der Antikommunismus in den Massen zurück. Objektiv ist, daß die Massen erwachen, daß heute beim Anblick der roten Fahne wieder — wenn auch noch vereinzelt — geklatscht wird. „Objektiv" ist, daß viele, sehr viele, insgeheim sympatisieren, aber es nicht wagen, sich offen zu entschließen, mitzukämpfen. Eine objektive Tatsache ist, daß die Münchner Olympiade von Anfang bis Ende vielen Tausenden Arbeitern und Werktätigen bei uns und in aller Welt die Augen geöffnet hat und bei Hunderttausenden weiteres Mißtrauen gegen das herrschende System gesät hat.

Und weitere Tatsache ist, daß dieser objektiven revolutionären Entwicklung die Bourgeoisie sich entgegenstemmt, z. B. damit, daß sie ihre Handlanger in der D"K"P und deren Nachbeter täglich ausposaunen läßt: „Der Arbeiter ist noch nicht soweit; er kann euch nicht verstehen, ihr seid Sektierer" usw. — das Märchen von der Rückständigkeit der Massen.

Wir wissen, daß wir niemals über das gegenwärtige Bewußtsein der Massen hinweggehen dürfen. (Wir geben zu, daß hier im ROTEN MORGEN noch viel verbessert werden muß!) Wir kennen aber auch die noch viel größere Gefahr: den Massen hinterhertraben. Oder noch schlimmer: ins Horn der Bourgeoisie zu stoßen: „Die Arbeiter sind schwach und dumm! Hauptendenz in Westdeutschland ist Reaktion." Nicht nur die wachsende Zahl der Leserbriefe von Arbeitergenossen an ihre revolutionäre Zeitung ROTER MORGEN — mit Lob und Kritik — beweisen das Gegenteil!

Treibt den Revisionismus aus - von AO - ZB

Leugnet man die Abwiegler-Rolle der D'K'P im Klassenkampf bei uns, wie es die AO mit der Theorie: 'Nur Abgesandte Moskaus' tut, so braucht man die D'K'P auch nicht entschieden zu bekämpfen.

AO-Führer und die Führer der 'Roten Fahne' in Bochum geben sich also hier die Hand. Für die AO ist der moderne Revisionismus Nebensache: Welcher Arbeiter muß schließlich über eine Partei aufgeklärt werden, die nur den Willen Moskaus vertritt. Und für das Zentralbüro in Bochum ist der Revisionismus Nebensache: Die D'K'P ist nur Anhängsel der SPD. Beide Gruppen können so selbst revisionistische Theorien verbreiten und ihre Organisationen weiter dem Revisionismus öffnen. Beide Gruppen sind Nachbeter und Wasserträger der modernen Revisionisten.

Gegründet aus dem kleinbürgerlichen Führungswahn einiger Intellektueller 'ohne günstige Berufsperspektive', weiterentwickelt auf der revisionistischen Grundlage der Leugnung der Hegemonie (Vorherrschaft) des Proletariats, über den kläglichen Versuch, durch zentristi-Positionen ihre revisionistische und oft genug offen reformistische Politik zu verdecken, ist heute die 'KPD'-AO vollkommen im Sumpf gelandet.

Über ihre zentristische Position versucht sie in Konkurrenz zur D'K'P das Wohlwollen der Bourgeoisie zu erlangen und strengt sich mächtig an, in Kreise der gekauften Arbeiteraristokratie vorzudringen. In Europa gibt es mehrere solcher zentristischer Gruppen (zum Beispiel 'Unione' in Italien), die es aufgrund der (zahlungs-)kräftigen Unterstützung der Bourgeoisie zu einer relativen Stärke gebracht haben.

Es ist aber zu vermuten, daß die 'Berufsperspektive' der AO-Häuptlinge nicht lange mehr die Unterstützung der ehrlichen Kommunisten, vor allem der Arbeitergenossen in der 'KPD' genießen wird.

Es lebe die Einheit aller Marxisten-Leninisten !

SOLDATEN! Werdet Rote Garden der Revolution!

Am 1.Oktober verteilten Genossen der ROTEN GARDE und der Partei auf Bahnhöfen und anderen Stellen, an denen die einrückenden neuen Rekruten für die Bundeswehr sich sammelten, den untenstehenden Aufruf (hier gekürzt). In diesem Jahr werden mehr Arbeiter- und Bauernsöhne denn je in den Soldatenrock gepreßt: Nach dem neuen Wehrgesetz, das im Juli in Bonn verabschiedet wurde. Nur weil die Kasernen eh schon überfüllt sind, haben Tausende noch eine kurze Galgenfrist bis zum Jahresanfang. Die Massenmilitarisierung der Jugend wird dem antimilitaristischen Kampf nur noch mehr Aufschwung geben!

Vorwärts im antimilitaristischen Kampf!

Der antimilitaristische Kampf in der Bundeswehr wächst. Die Soldaten beginnen, sich gegen den deutschen Militarismus zu wehren, teils noch spontan, teils schon organisiert.

Ein Genosse der Roten Garde berichtete uns folgendes:

'Wir wurden am zweiten Tag, noch vor der Einkleidung, zum Frühstück gerufen. Wir mußten uns vor dem Kompanie-Gebäude aufstellen. Da jedoch keine Ordnung in unsere Reihen kam, wurden wir vom Stabsunteroffizier total zusammengeschissen. Dafür wurde der Stuffi ein paar Tage später mit Flaschen und ähnlichem dienstunfähig geschossen. Als er dann wieder einsatzfähig war, hütete er sich, uns ein weiteresmal zu schikanieren.

Ein anderesmal sollten wir das 'Pläne überqueren' üben. Das heißt, wir mußten uns nach einer bestimmten, im Laufschritt zurückgelegten Strecke, auf den Boden werfen. Da der Boden jedoch mit Ameisenhaufen übersät war, forderte ich meine Kameraden auf, den Befehl zu verweigern. Der Befehl wurde verweigert, die Übung brauchte nicht durchgeführt werden.'

Das zeigt, wenn sich die Soldaten zusammenschließen, sind die Herren Offiziere machtlos. Den Zusammenschluß der Soldaten gegen das Offizierspack, das müssen wir erreichen! Darum heißt es: Hinein in die antimilitaristischen Komitees, darum heißt es, überall solche Komitees aufzubauen!

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Die Bundeswehr ist die Armee des westdeutschen Imperialismus. Sie ist ein Instrument für die Großmachtpläne der west-

UND ÜBER UNS KEINEN HERRN!

Wir versichern den Herren,

lernen, wir werden die Gewehre benützen! Aber die Gewehre werden sich gegen die ganze Offiziers- und Bonzenbrut richten, sie werden die Herrschaft des Kapitals brechen!

WIR DREHEN DIE GEWEHRE UM!

Nieder mit der Bundeswehr!

Das ist das Ziel von uns Arbeitern und Bauern. Das müssen wir erreichen. Darum heißt es: Hinein in die antimilitaristischen Komitees in der Bundeswehr, darum heißt es, allerorts solche Komitees aufzubauen! Wir werden uns bewaffnen, innerhalb und außerhalb der Bundeswehr. Wir werden die Gewehre gebrauchen und dem westdeutschen Militarismus endgültig das Genick brechen. So und nicht anders wird die Armee der Kriegstreiber, die Bundeswehr, beseitigt! Die Volksarmee wird sie hinwegfegen! Nicht mit Petitionen, nicht mit pazifistischem Friedensgesäusel wird man die Armee, die bewaffnete Macht niederringen! Wer behauptet, wie die D'K'P-Verräter, daß man die Kriegstreiber durch Wahlen niederringen, durch Forderungen wie: 15% weniger Rüstungsgelder loswerden kann, der steht auf der anderen Seite der Barrikaden!

Dagegen sagen wir: Schon heute werden wir uns rüsten, schon heute werden wir die Bundeswehr zersetzen und für das

---

Artikel aus der Westdeutschen Allgemeinen vom 19.9.72:

US-Bürgerkommission stellt fest:

„Blindwütige Schießerei" bei der Attica-Revolte

Wiederholung der Tragödie befürchtet

ALBANY (waz/dpa)

Die Niederschlagung der Gefangenenrevolte im amerikanischen Gefängnis von Attica, bei der vor einem Jahr 32 Häftlinge und elf Geiseln erschossen worden waren, war nach Ansicht einer amerikanischen Bürgerkommission eine „blindwütige Schießerei", für die es „keine Rechtfertigung" gibt.

In einem 550-Seiten starken Bericht, der in Albany (Bundesstaat New York) veröffentlicht wurde, kommt die Kommission zu dem Schluß, daß der Sturmangriff der 300 Polizeibeamten auf das Gefängnis „der blutigste Zusammenstoß zwischen Amerikanern seit dem Bürgerkrieg war".

Was als Rettungsaktion zur Befreiung der Geiseln ausgegeben worden war, das war laut Kommissionsbericht in Wirklichkeit das Bestreben, die staatliche Autorität in Attica mit allen Mitteln und ungeachtet aller Risiken wiederherzustellen. Auf Menschenleben, auch auf das Leben der Geiseln, wurde dabei keine Rücksicht genommen.

Zu den wichtigsten Feststellungen der Untersuchungskommission gehört diese: Es hat keine Verschwörung vor dem Aufstand gegeben, keine organisierte Rebellion. Spontan kam der Aufstand in Bewegung, der zur Geiselnahme und zur Konfrontation mit der Ordnungsmacht führte. Als Ursachen wurden gefährlicher Rassismus, entwürdigende Behandlung und Mißachtung der Wünsche der Gefangenen festgestellt.

Die überlebenden Insassen von Attica mußten für den Aufstand bitter büßen. Rund 45 v.H. aller Gefangenen wurden in den folgenden Wochen nach Feststellungen der neun Kommissionsmitglieder von ihren Bewachern körperlich mißhandelt.

Die Kommission, die von den fünf obersten Richtern des Bundesstaates New York berufen worden war und in zehn Monaten über 2500 Menschen als Zeugen gehört hatte, warnte zugleich vor einer Wiederholung der Tragödie von Attica, da sich in dem Gefängnis seit dem Aufstand nur wenig geändert habe.

Unser Kommentar:

Die Tatsachen waren zu klar, als daß sie die Bourgeoisie noch hinweglügen konnte. Konsequenzen für die Schuldigen wird das offene Zugeständnis dieser weiteren Greueltat des USA-Imperialismus natürlich nicht haben. Diese Greueltat in US-amerikanischen Gefängnissen ist auch keine Ausnahmeerscheinung. Sie gehört zum imperialistischen System der USA. Die ganzen USA sind ein Gefängnis geworden, in dem täglich die Imperialisten ein neues Attica liefern, wenn es um die Unterdrückung der revolutionären Bewegung im amerikanischen Volk geht.

deutschen Monopolherren. Sie ist ein Mittel der Kriegs- und Erpressungspolitik des Kapitals. Das Ziel der Bundeswehr ist das Ziel des westdeutschen Monopolkapitals. Ihr Ziel ist nie unser Ziel! Oder haben wir ein Interesse daran, daß wieder wie einst zum Ostlandritt die Massen mobilisiert werden?

Nein! Daran kann kein Arbeiter, kein Bauer Interesse haben. **Wir** leben nicht von Ausbeutung und Unterdrückung!

WIR WOLLEN UNTER UNS KEINEN SKLAVEN SEHEN

die uns heute die Gewehre in die Hand drücken, daß sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben! Wir werden das Schießen

Kapital unbrauchbar machen! Dazu müssen wir uns in den antimilitaristischen Komitees zusammenschließen!

Soldaten !

Soldaten! Der unvergeßliche Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg, Karl Liebknecht, sagte: 'Die Jugend ist die hellste und reinste Flamme der deutschen Revolution!' Kämpft ihr in diesem Sinne auch in der Bundeswehr!

Darum:
BAUT ANTIMILITARISTISCHE KOMITEES IN DER BUNDESWEHR AUF!
ORGANISIERT EUCH IN DER ROTEN GARDE!

Vor einem Jahr, am 27. September 1971, hieß es in Nr.10 des ROTEN MORGEN zum Massaker von Attica als Fazit: "Das, was in München vor einigen Wochen (noch) im kleinen geschah, vollzog sich in Attica im Großen. Man ist dort schon etwas weiter. Die vor ihrem Untergang stehenden Mächte wehren sich stets mit verzweifelter Wut und schrecken vor keinem Verbrechen zurück. Das wird aber ihren Untergang nicht abwenden, sondern nur beschleunigen können und letzten Endes werden die Volksmassen die Sieger sein!"

In München wurde fünf Wochen vor dem Blutbad von Attica der Bankräuber Rammelmayr und seine Geisel, eine Bankangestellte, auf offener Straße von der Polizei erschossen. 'Heute, ein Jahr später, wird in der gleichen Stadt München ein Massaker an 16 Menschen von der gleichen Polizei verübt. Die Auftraggeber waren und sind die gleichen, in München wie in Attica: Die Imperialisten, die ihr verrottetes System mit Terror und Blut aufrechtzuerhalten versuchen.

Kampflied aus Burghausen

Vor dem Betrieb Wacker-Chemie in Burghausen/Bayern wurde ein Flugblatt der ROTEN GARDE zur Betriebsversammlung verteilt. Der Bonze der IG Chemie hatte auf der Betriebsversammlung dann natürlich nichts Besseres zu tun, als gegen die Kommunisten zu hetzen. „Bei uns können sie sich's ja erlauben, wir haben ja eine Demokratie", meinte er bedauernd. Als Antwort auf die Hetze dieses Arbeiterverräters verteilten die Genossen am Tag darauf ein weiteres Flugblatt.

Jetzt zeigte sich, daß der Herr IG-Chemie-Bonze gar nicht so sehr bedauern muß, daß seine „Demokratie" den Kommunisten das Flugblattverteilen erlaubt. Denn schon war die Polizei dieser „Demokratie" da und versuchte das Verteilen zu verhindern. Sie konnte nur einen Teil beschlagnahmen, dann mußte sie schnell abziehen. Die Kollegen zeigten ihnen, daß sie keine Polizei vor dem Werkstor wollen.

Im Anschluß an diesen Vorfall entstand folgendes Lied der Genossen der ROTEN GARDE, das wieder einmal beweist, mit wieviel Schwung, Ideen und Tatkraft die revolutionäre Jugend bei der Sache ist. Das Lied ist nach Art und Weise der niederbayrischen Gstanzl gedichtet und wird nach der Melodie: „Der Tobagwak" gesungen.

Die Druckmaschin'

Bei uns in später Nacht
Da werd a Flugblatt gmacht.
De neueste Schweinerei
De schreib -ma do jetzt nei.
Alle Leit miassn wissn
D'Marxisten-Leninisten
San mit ihrer Partei
Immer dabei.
De Druckmaschin de druckt jetzt scho,
de druckt jetzt was sie drucka koa.
Wörter,Buchstaben auf Papier,
Kimmt daher ma woas ned wia.
Des Flugblatt kimmt, des Flugblatt kimmt,
Des Flugblatt is scho doa.
Des Flugblatt kimmt, des Flugblatt kimmt,
Des Flugblatt is scho doa.

Und dann in alla Fruah
Da gehts scho sakrisch zua.
Da vor dem Pförtnerhaus
Teilens jetzt das Flugblatt aus
D'Leit fahrn in oaner Reih
In des Fabriktor nei
Da kimmt wia fast allawei
De Polizei
Polente hupft aus'n Auto raus,
De andan teiln no weida aus.
Da bagan's doch den ean am Arm
und woll'ns a glei de Blattln ham
Des Flugblatt weins, des Flugblatt weins,
Des Flugblatt dans gern ham
Des Flugblatt weins, des Flugblatt weins,
Des Flugblatt dans gern ham.

Da sagt der oane keck
Vom Platz bringst mi ned weg
D'Leit schaun scho finster drei
Polizei steigt wieder ei.
An Haufa hams mitgriegt
Wissen gwieß daß liagt
Des Bonzenvieh
von der IG-Chemie.

Es steht doch a im Flugblatt drin
Ohne Sozialismus hots koan Sinn.
Aus der Scheiße macht uns frei
Nur D'kommunistische Partei
Vorwärts mit der KPD-KPD/ML
Vorwärts mit der KPD-KPD/ML

Kontaktadresse: